

# Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Nr. 260.

Dresden, Freitag den 8. November 1907.

18. Jahrg.

## Hyänen der Wohltätigkeit.

(L. v.) Rom, den 5. November.

Auf Grund zahlreicher Enthüllungen hatte die italienische Kammer vor Jahr und Tag eine Enquête über die Verwendung der Unterstützungsbudget für Kalabrien veranlaßt, deren Veröffentlichung aber bis zu Stunde noch nicht erfolgt ist. Nun mit dem Unglück des Erdbebens das Unheil der „Wohltätigkeit“ wieder über Kalabrien hereinbrechen. Und vor einigen Wochen indirekte Fragen nach den Ergebnissen der Enquête laut geworden, so daß sich die Regierung gezwungen sah, die Veröffentlichung der Enquête für den Beginn der parlamentarischen Abstimmung in Aussicht zu stellen. Einsteuern sind auch einige Teile der Enquête der Presse mitgeteilt worden und haben keine Enttäuschungen eingeweiht veranlaßt, so daß sich ein Ensemble recht schändbare Ausbeutung des Glöcks ergibt.

Was die Regierung von der Enquête hat mitteilen lassen, bestätigt höchst die Grausamkeiten der herrschenden Klassen in Kalabrien nicht, denn es handelt sich bei der Veröffentlichung um eine Anzahl an die Fragen, die heute in Kalabrien über die Trägheit, Unfähigkeit und Korrektheit der Hülfsaktion der Regierung geführt werden. Diese Grausamkeiten haben aber auch den lokalen Behörden die Zunge geschnitten und diese berichten nun höchstens über die verbrecherische Verwaltung der Unterstützungsbudget durch Regierungsbeamte. Wir stehen bis jetzt erst in der Vorhalle eines Standalls, der zu den größten gehören dürfte, da daß standartreiche Italien in den letzten Jahren geprägt hat.

Geboh in den vom Erdbeben betroffenen Ortschaften Unterstützungen in Geld oder in Waren einzutragen, so erzielten die Honoratioren des Ortes, um den Löwenanteil zu beanspruchen. Und da in Kalabrien kein einziger Arbeiter ein eigenes Haus besitzt, wurden die armen Leute von „Haus“ am „Ort“ als „Hauslos“ angesehen und von den Unterstützungen ausgeschlossen, während die Haushälter die Errichtung neuer Häuser forderen und zum Teil erhalten. Die Unzufriedenheit ging so weit, daß z. B. ein wohlhabender Herr nach dem Eintreffen eines Transports von Kleidern und Lebensmitteln so lange lamentierte und seine Rechte behauptete, bis er mit — einer blöde Wortsala davonjog, die er ganz und gar nicht wußte hatte. In einem Ort brachte das Hilfskomitee ein Votum zur Unterstützung aus Materialien und will ein Joch von einem Besitzer mischen. Der Herr weist mit Entsetzung jede Miete zurück, da er nicht Vorteil aus dem Unglück seines Ortes ziehen wolle. Als er aber bei der Verteilung der Unterstützungen leer ausgeht, beansprucht er für den Speicher — 10 Tage Miete pro Tag! Vorher war der Wert eines Sachschadens auf 10 bis 20 Lire im Monat verankert worden! Da die Besitzenden die Unterstützungen für ihr privates Einkommen hielten, ist es begreiflich, daß sie Wert darauf legten, ihren Öl als möglichst unterstützungsbefreiend einzustellen. Und so berichtet die Enquête von einer Ortschaft, die dem Besuch des Königs zu Ehren das erste Haus des Ortes errichten will, damit der Besucher einen reich deutlichen Eindruck der Verwaltung erhalte! In einer anderen Stadt kamen alle alten, kranken und invaliden Leute in einem im provisorischen Hospital, um sie dem König als Opfer des Erdbebens vorzustellen! So dienen die armen Leute als Röder für das Wohl, gingen dann aber bei der Verteilung des Gangs leer aus.

Wenn diese Euthaniasien die herrschenden Klassen Kalabriens in ihrer ganzen moralischen Unreinlichkeit bloßstellen, so sind die Unzulänglichkeiten über die Wirklichkeit der Regierungsbeamten noch weit übertreffend. So hat der Bürgermeister von Monteleone einem Rektor der Giornale d'Italia mitgeteilt, daß viele Beamte und Offiziere, die den Wiederaufbau leben sollten, schon gleich mit Ingenieuren und Unternehmern ihres Herzens einverstanden. Es soll nachgewiesen und auch in der parlamentarischen Enquête widergelegt sein, daß Offiziere und Beamte vielfach von den Unternehmern der Neubauten Prozente bekommen. Dem Bürgermeister von Monteleone wurden — nach wiederholten Anfragen — vom Regierungsbauamt die Summen mitgeteilt, die für seine Gemeinde aufgewendet worden waren. Es waren 200.000 Lira. Der Bürgermeister ließ nur von fiktiven Beamten aufreden, während die ausgestellten Arbeiten, bei den bekannten Erfordernissen, keinen könnten. Die Rechnung ergab weniger als den zwanzigsten Teil des von der Regierungsbauamt in Rechnung gelegten Betrages; für einen Teil der Orte waren 19.000 Lira für Reparaturen verrechnet worden. Diese Reparaturen bestanden im „Wechsel“ von sieben äußeren Treppe und dem Eintragen von Sägen auf zwei Dächern für einen Gesamtwert von 125 Lira. Nach diesen Dringlichkeiten die Millionen verwendet werden, die die allgemeine Wohltätigkeit für die unglücklichen Opfer des Erdbebens aufgebracht hatte!

Nach Veröffentlichung der Enquête werden wir auf die Sache zurückkommen.

## Sturmzeichen.

Unser drohender ballen sich die Wolken am Himmel zusammen. Die Geldknappheit, die steigenden Inflationen waren Sturmzeichen, deren Wefer Handel und Industrie lange nicht erkennen wollten. Erst der Ausbruch der amerikanischen Krise beflogt jeden Zweifel, daß die anomalen Geldverhältnisse Vorläufer und Zeichenerscheinungen einer allgemeinen wirtschaftlichen Krise bedeuten. Doch noch immer wurde die Gefahr einer Rückwirkung der amerikanischen Krise auf die europäischen Wirtschaftsverhältnisse unterdrückt. Der Geldbedarf Amerikas ist unstillbar. Die deutsche Reichsbank mußte zur Verhinderung des Goldabflusses den Diskonttag auf 6½ Prozent erhöhen, die Bank von England sah sich in der Zeit vom 31. Oktober bis zum 4. November genötigt, den Diskont von 4½ Proz. auf 6 Proz. heraufzusetzen und schon am Donnerstag erfolgte die weitere Erhöhung um ein volles Prozent auf mindestens 7 Proz. Der 7prozentige Diskonttag rief in London große Besorgung hervor und diese Stimmung übertrug sich auch auf die Völker aller übrigen Länder.

An den schwierigsten Situationen ist die Bank von England nicht über einen Geldtag von 6 Proz. hinausgegangen. Die jetzige Erhöhung auf 7 Prozent fällt um so schwerer ins Gewicht, als der englische Diskont seit erheblich niedriger ist als der deutsche. Die bisherigen Diskontserhöhungen konnten die Geldverhältnisse nach Amerika nicht verhindern, da jede Diskonterhöhung an den europäischen Märkten durch entsprechende Steigerung der Geldsätze in den Vereinigten Staaten wettgemacht wurde. Diese Tatsache bestätigt die Vermutung deutscher Finanzkreise, daß die leichte Erhöhung der Bank von England in erster Reihe nicht veranlaßt wurde durch die Geldansprüche Amerikas, sondern in Hinsicht auf bevorstehende Schwierigkeiten in der Industrie und im Handel Englands. Die englische Presse hat in den letzten Tagen sehr bedenkliche Berichte über die Lage der englischen Industrie gebracht, denen jetzt in der deutschen Handelswelt erhöhte Beachtung beigelegt wird. Die Wahrnehmung der englischen Bank bedeutet daher die eindringlichste Sturmwarnung. Die deutsche Reichsbank hat ihren Centralausschuß bereits zu einer sofortigen Sitzung einberufen, es wird damit gerechnet, daß der Reichsbankdiskont um 1 bis 1½ Proz. heraufgesetzt wird, also der Geldtag die Höhe von 7½ bis 8 Proz. erreichen wird.

Die sogenannten Konjunkturzüge müssen durch diese Geldzäuge, die in der Praxis sich noch um 2 bis 2½ Proz. höher stellen, eine unheilvolle Verschärfung erfahren. Die amerikanischen Geldverhältnisse üben auf die europäischen Märkte aber je länger je stärker auch durch die mit aller Kraft forcierte Ausfuhr Amerikas einen drückenden Einfluß aus. Die amerikanische Finanz treibt in dem Streitkreis, unter allen Umständen Vorsicht zu erhalten, die ihrem Einfluß unterstehende Industrie zu beschleunigter und verstärkter Ausfuhr an. Bisher ist zu erkennen, daß Baumwolle in einem über alle Erwartungen großen Umfang exportiert wird, und zwar auch früher als unter normalen Verhältnissen. Bald dürften auch andere Produkte auf den Märkten des Kontinentes in großem Quantitäten zum Angebot gelangen. Die deutschen Importeure müssen die amerikanischen Waren, die sie benötigen, früher als sonst beziehen, der deutsche Geldmarkt verschlechtert sich dadurch, die Industrie wird gleichfalls zur Abnahme des Rohstoffes gedrängt, während Beleihungen auf Rohmaterialien, abgesehen von den hohen Ansätzen, mit den größten Schwierigkeiten verknüpft sind. Ferner aber droht die in ihren Gefahren nicht zu unterschätzende Konkurrenz der amerikanischen Industrie auf dem Weltmarkt, die sich in Preisschlacht und Preisunterbietung äußern wird, da die Geldnot jede Kalkulation durchbricht.

## Politische Übersicht.

Eine Demonstration gegen Wilhelm II?

Aus London wird dem Berliner Tagesschiff gemeldet: Auf dem Sozialistenmeeeting in dem Stadhause bei Holloway-District erklärte der Sozialistenführer Hindmann, es sei den Sozialisten die Aufgabe überlassen worden, den Besuch des deutschen Kaisers zu rügen. Wie werden es dabei nicht bewenden lassen. Wir werden gegen den Besuch demonstrieren und dem Kaiser zeigen, was wir von seiner Verhandlung Karl Liebknecht denken.

Wir können nicht sagen, ob die Außerungen Hindmanns in diesem Telegramm richtig und vollständig zum Ausdruck gelangen. Galle seitens unserer Londoner Parteigenossen beobachtigt werden, Straßenfunkdurchgängen gegen den Kaiser zu veranstalten, so müssen wir sagen, daß wir zwar die Stimmung unserer Genossen gegen ein Regierungssystem, wie es in Deutschland herrscht, in vollem Maße würdigen, doch wir aber gleichwohl der Meinung, diese Stimmung zum Ausbruch zu bringen, keinerlei politische Wert beizulegen vermögen. Abgesehen von etwaigen besonderen Ausnahmefällen, die aber hier nicht vorliegen, kann es nicht Sache der Sozialisten sein, Demonstrationen gegen eine Person zu unternehmen. Die deutschen Sozialdemokraten, die die Besuch Edwards VII. ruhig gelassen haben, bekämpfen das monarchische System, sowie die Völkervereinigung, die trotz aller Fürstentümerei durch die gegenwärtig herrschende Politik herausgerufen und gefordert wird.

## Interate

Werden Sie 4 geballte Wettbewerbe über kurz Meile mit 30 St. beendet und mit beliebten Zwischenwerten, wird Sieger gewählt. Bereits am 20. Februar müssen die Siegerkärtchen 10 Uhr bei der Spedition abgegeben werden.

Expedition: Swingerstraße 21, west. Zeitungspreis von morgens 8 bis abends 7 Uhr. Telefon: Nr. 1769.

Ergebnisse täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

## Die „Reinigung“.

Der Jubel der Blockpresse über den Ausgang des Willows-Brand-Prozesses ist unbeschreiblich. Man könnte meinen, ganz Deutschland sei möglich beglückt durch die Entdeckung, daß es einen Reichsanwalt befiehlt, der feinerlei Abneigung gegen das weibliche Geschlecht empfindet, und jenseits vereidigten uns um die gerichtlich bewiesene Tüchtigkeit unseres verantwortlichen Staatsleiters. Deutschland wie immer in der Welt voran.

Dieses Treiben der „staatsverhaltenden“ Blätter ist so narrenhaft und lächerlich, daß man fast veracht wäre, an einen elementaren Ausbruch preußisch-bürgerlicher Bevölkerungshäufigkeit und Albernheit zu glauben. Wenn man aber, welche Vergangenheit der öffentlichen Entrüstung auf die arme, tonfeste Null des Herrn Brand genötigt werden, der trotz seines guten Glaubens, trotz seines Widerrufs, trotz seiner Berufung auf seine alten Eltern eine ohne Bedeutung Absehung ausgeschlossene Bekleidung mit anderthalb Jahren Gefängnis büßen muß, so merkt man erst den eigenartigen politischen Zweck der Uebung. Und volle Klarheit verbreitet eine Neuzeitung der Kreuzzeitung, die folgendermaßen lautet:

Es geht ein befreites Aufatmen durch das deutsche Volk, dem die verbrecherische Schmähkucht einer Geisel die Ehre vor der Welt und den Glauben an seine Führer rauben wollte.

Der ganze Hessenland ist also weiter nichts als eine Erfindung schmählicher eitler Geiseln. Die hohen Herrschaften, die in der Adlerwista Gäste des Grafen Ignaz waren, bleibend nach wie vor die geborenen Führer, an die das Volk zu glauben hat und denen es unverblümlichen Gehorjam schuldet.

Man wird sich nicht wundern, wenn im Geiste des Staats logenähnliche liberale Blätter auf denselben Ton gekennzeichnet sind. Es ist genau dieselbe Methode, die man vor Jahresfeiertag zur Verhüllung der Kolonialandale anwendete; da „Stadt“ Dernburg „die Fitterbaule auf“, und mit Hassah-Horrisho ging es — statt gegen die Kolonialverbrechen gegen die Abgeordneten, die von den Standalen gesprochen hatten. Die gegenwärtige Hebe gegen die meist unbeträchtlichen, wenig idiosyncratischen Nebenfiguren des Standals, gegen Harden und Hirschfeld oder gar gegen Schillen und Brand, verfolgt genau denselben Zweck. Sie ist eine demagogische Spekulation auf Vergleichlichkeit und Dummkopf.

Die Heilegung des englischen Eisenbahnhauks.

Die Bemühungen des Handelsministers Lloyd-George um die Schlichtung des Konflikts zwischen den englischen Eisenbahngesellschaften und den organisierten Angestellten sind von Erfolg gekrönt worden. Über den Inhalt der getroffenen Vereinbarungen, die wir bereits kurz mitteilten, gibt folgende Mitteilung des B. T. Ausschluß:

London, 6. November.

Gestern abend gegen 10 Uhr unterzeichneten die Delegierten der Eisenbahngesellschaften und der Eisenbahnanstellten das Abkommen, das nach der Zustimmung des Eisenbahnkomitees der Arbeiter für die nächsten Jahre einen Streit ausschließt. Errichtet wird dieses Friedbündnis durch verschiedene aus Delegierten der Eisenbahngesellschaften und der Arbeiter zusammengesetzte Vertretungskomitees, die drei Vertretungskomitees aufzutragen darüber. Die ersten beiden, an die die Meinungsverschiedenheiten aufgetragen werden sollen, sind ein Einigungsamt, das jede Gesellschaft für ihre Arbeiter errichtet, wobei die verschiedenen Arten von Angestellten in Sektionen und, wenn es möglich ist, in Belegschaften unterteilt werden. Die Gruppe, die eine Meinungsverschiedenheit mit der Direktion hat, z. B. die Leute des Güterverkehrs, wählen unter sich jeden Beirat einen oder mehrere Vertreter, die mit den Vertretern der Gesellschaft zum Schiedsgerichtsausschuss zusammen treten. Kommen die Sektionen unter sich zu keinem Amtselement, so werden die Fragen auf Antzug beider Seiten dem Zentralstreitamt vorgelegt, das aus Vertretern sämtlicher Gesellschaften und Delegierten der Direktion besteht. Das Zentralstreitamt entscheidet auch nicht imlande, einen Vertrag herzustellen, so wird der Anteil eines Schiedsrichters übergeben, der, falls die Partien das Zentralamt nicht über einen solchen einigen, von dem Präsidenten des Unterhauses und dem Minister of the Nolls, einem Richter der Chancery-Division, zu erkennen ist. Das Urteil des Schiedsrichters ist für beide Teile bindend.

Um 11 Uhr abends wurde das Ergebnis der Verhandlungen der Presse mitgeteilt, und ein Ereignis brachte das Siegertum noch in später Nachkunde nach Schloss Sandringham, da der König ein lebhaftes Interesse an der Verhandlung hatte.

Bemerkenswert ist, daß das Abkommen keinen Unterschied zwischen Arbeitern und freien Arbeitern und freien Arbeitern macht und nur Unterschiede wegen der verschiedenen Berufsgruppen kennt. Die Unionisten sind daher nicht sonderlich von dem Abkommen befriedigt. Einer der Vertreter der Amalgamated Society, Barnes, sprach dann auch schon nach einigen Minuten darüber aus, daß das Abkommen den Unionisten nicht die Sicherheit gibt, auf die sie hofften haben, während der Präsident des Unterhauses und der Minister of the Nolls, einem Richter der Chancery-Division, zu erkennen ist. Früher waren die Richter unterschieden und sind Freunde.

Die Vereinbarungen haben allerdings den Aufstand der Eisenbahngesellschaften verhindert, aber die eigentliche Ursache des Konflikts: Anerkennung der Organisation der Eisenbahner, nicht geschlossen beendet. Der Friede wird darum kaum von langer

Dauer sein. Die schroffe Haltung der Eisenbahndirektionen während des Konflikts ist ein sicheres Zeichen, daß trotz der Vereinbarungen neue Kämpfe schon sehr bald eintreten werden. Das Unheil der Abstimmung unter den Eisenbahnern über den geplanten Ausstand wird die Herren im Hause wohl vorsichtiger machen, sie aber nicht von der Fortsetzung des Kampfes gegen die Organisationen ihrer Angestellten zu überreden.

## Deutsches Reich.

### Liebvolle Schonung des Reiches.

Die Deutsche Tageszeitung meldet:

Gegenüber den immer wieder in der Presse und in politischen Versammlungen auftauchenden Gerüchten, daß man in maßgebenden Kreisen neuerdings der Einflussung direktter Reichssteuern geneigter gegenüberstehe und daß man auch eine Ausdehnung der Erbschaftssteuern auf Kinder und Ehegatten plante, können wir als unbedingt sicher bezeichnen, daß an die Einführung direktter Reichssteuern nicht gedacht wird, und daß eine Ausdehnung der Erbschaftssteuern nicht beabsichtigt ist.

Agrarier, darfst ruhig sein, fest steht und treu der Block!

### Eine Abschaltung der Liebergarde.

Am Herzogtum Sachsen-Altenburg steht für den Wahlkreis Eisenberg eine Landtagswahl bevor. Die Liberalen und Reichsvereinler haben sich auf einen Kandidaten geeinigt. Die Liberalen haben dabei die Bedingung gestellt, daß sich der Kandidat jede Mitarbeit der Liebergarde verboten müsse. Diese Bedingung ist akzeptiert worden.

### Pläzidkeiten.

Wolffisches Telegramm: „Der Kaiser und die Kaiserin reisen nach England und von da nach Holland.“ Wolffisches Telegramm: „Der Kaiser fährt nicht nach Holland.“ Wolffisches Telegramm: „Die Kaiserin fährt nicht nach England.“ Wolffisches Telegramm: „Der Kaiser wird am 21. November zur Kaisertreuerkundigung in Kiel sein.“ Wolffisches Telegramm: „Der Kaiser wird für einige Wochen auf der Insel Wight Aufenthalt nehmen.“ Wolffisches Telegramm: „Der Kaiser leidet an einem hartnäckigen Katarrh, die Braut des Prinzen Wilhelm August hat Windpocken.“ Wolffisches Telegramm: „Der Katarrh des Kaisers ist unbedeutend, der Braut des Prinzen Wilhelm August geht es auch besser.“ Wolffisches Telegramm . . .

So wurde seit einigen Tagen die bedauernswerte bürgerliche Presse, die jede Hoffnung als Weltereignis verkündigt, von Dementi zu Dementi gepeitscht!

### Ein Byzantin.

Im Jahre des Heils 1886 kam der Herzog von Argyll, der als Generalgouverneur von Kanada im politischen Leben Englands eine Rolle gespielt hat, zum Studium auf die Universität Berlin. Als dieser Zeit entwirkt er in seinen Erinnerungen folgendes Bild von dem damaligen Prinzen Wilhelm, dem heutigen deutschen Kaiser: „Der kleine Prinz Wilhelm wird, wenn er am Leben bleibt, vielleicht der nächste König werden, den Preußen bei Friedrich dem Großen gehabt hat. Er ist jetzt erst acht Jahre alt, aber er hat sicherlich viel gute Gaben und viel Verstand. Seine Blätter liegen über die ganze lange Ballade Uhlands von Jung Roland vor mir aufgezogen. Er deliktierte sie ganz hintereinander her, ohne auch nur einmal stehen zu bleiben, und sprach die Verse mit viel Begeisterung und Vergnügen.“

Befannlich sind achtjährige Prinzen im Vergleiche zu achtjährigen Holländischern fast „außergewöhnlich“. Mit den Augen eines Byzantiners gesehen, sind schon die ersten Lebensregungen prinzlicher Wiederkinder offenkundig.

Die Novelle zum Börsegesetz ist in der Sitzung des Bundesrates am Donnerstag genehmigt worden.

Die Mittel zum Bau eines zweiten Zepelinischen Luftschiffes werden in Höhe von 400 000 M. als Nachtragsetat für 1907 beim Reichstag angefordert werden. Die endgültige Übernahme der beiden Luftschiffe durch das Reich soll nach dem Erfolge weiterer Rücksiege abhängig gemacht werden, für die jedoch die günstigste Witterung des Frühjahr abgewartet werden wird. Um die Aufnahme einer gebrochenen Anzahl von Personen wie bisher in ermäßigtem und überhaupts die Leistungsfähigkeit des Luftschiffes noch zu steigern, wird das neue, im Bau befindliche Schiff an Länge und Durchmesser größer werden als das ältere. Dieses wird nicht völlig demonstriert, sondern es werden nur an kleinen Maßnahmen Verbesserungen vorgenommen; das Luftschiff selbst bleibt in gebrauchsfähigem Zustande.

g. Petersprozeß in Nürnberg. Wegen einiger zweiter Zepelinischen Luftschiffe brachte, hat bekanntlich Peters gegen den Redakteur der Tagespost, Genossen Dr. Weiß, ebenfalls Beleidigungslage geklärt, die schon am 5. Oktober verhandelt werden sollte, aber wieder abgelegt wurde. Nun ist neuer Termin auf Sonnabend den 30. November vor dem Schöffengericht Nürnberg anberaumt.

g. Der Reichsverband ist schuldig, aber straffrei. Eine interessante Verhandlung fand vor dem Landgericht Fürth statt. Der vorliegende Zentralanzeiger, ein angeblich unparteiischer, in Wirklichkeit aber sehr parteilicher Blatt, das einen mütenden Kampf gegen die Sozialdemokratie führt und seine peinlichen Waffen aus dem Arsenal des Reichsverbandes bezieht, hatte in der Wahlbewegung des letzten Wintertags mit ruppigen Ausfällen aufsichtige Behauptungen aufgestellt, der Sozialdemokratische Verein habe Arbeitersparvarden zu zweckwidrigen Abstimmungen veranlaßt, indem er aus der Verteilung der Arbeiter einer Wahlbezirks 100 M. verlangt und, nachdem die Opposition munter gemacht worden sei, auch erzielten und für Wahlrecht verhindert habe.

Da das Blatt nicht zu beweisen war, die gänzlich aus der Lust geprägte Behauptung richtigzustellen, sondern höchstens erklärte, die 100 M. würden schon einmal in einer Abstimmung zum Vortheile kommen, leitete die Verwaltung des Sozialdemokratischen Vereins Beleidigungslage ein. Am 19. September verurteilte das Schöffengericht Fürth den verantwortlichen Redakteur des Zentralanzeigers zu 10 M. Geldstrafe. Dagegen erhob er Einspruch, und das Landgericht Fürth als Berufungsinstanz fällte ein mehrstufiges Urteil. Es erkannte den Angeklagten für schuldig, erklärte ihn aber für straffrei, weil die Vorhabe des angeklagten Vereins, nachdem Kraus an der umwahnten Behauptung beharrlich festhielt, die Behauptung in der Fürther Bürgerzeitung als eine Lüge bezeichnete hatte!

### Die ostafrikanischen Herrlichkeiten.

Einer der journalistischen Krabben des Kolonialministeriums plaudert in der kolonialbegierdeten Tägl. Rundschau aus, wie Dernburg seine ostafrikanischen Eindrücke „aufzunehmen gefaßt“ habe: „Es ist ein sprudelndes Land und schwer, richtig zu behandeln. Ein gutes Land, wenn man es seiner natürlichen Bestimmung überläßt; ein schlechtes Land für Kaufleute, ein schlechtes Land für Landwirte. Besonders über werden in ihm stets die kleinen Ansiedler daran fein. Denn für den Export können sie nicht bauen und Lebensmittel auch nicht, weil die Schwarzen keine laufen.“

In den Wahlkämpfen wurde wenigstens Ostafrika als ein Garten Eden, als ein Gebiet ungeahnter Schöönheit geschildert. Es sei nur notwendig, Bahnlinien zu bauen. Gewiß — damit wenigstens die Lieferanten für Bahn- und andere Materialien an Ostafrika verdienen.

kleine politische Nachrichten. Aus dem Haag wird gemeldet: Die Regierung hat den Generalstaaten ein Projekt bet., die teilweise Trockenlegung des Ruideredes vorgelagert. Die Arbeiten sollen sieben Jahre dauern und dem Meere 16 500 Hektar fruchtbaren Landes entziehen. — In der Seine wurde nach einer Pariser Meldung eine Bleistifte mit sehr gefährlichen Explosivstoffen gefunden. Sie war in einer Zeitung von Ende Mai 1905 eingeworfen, die das Programm des aus Anlaß des Besuches des spanischen Herrscherpaars in Paris veranstalteten Feiern erhalten. — In Italien wurden von den drei Personen, die den Cardinal Mervi del Val auf der Reise nach Albano belohten haben, zwei Freundschaften und der dritte zu 41 Tagen Gefängnis verurteilt. — Wie die Grans. Zug, aus Johannesburg meldet, hat der Verband der Landbesitzer, der die Kranzland- und Minenfehlzinsen umfaßt, an die Regierung eine Petition gerichtet, in der verlangt wird, daß das Goldgesetz am Dienstag und alle Kranzlandzinsen und alles private Eigentum für Goldhändler und event. Anlaß von Minen großzügig werden sollen. Ferner werden Vorsteuern zum Schutz der Rechte der Farmer und der Einwohner unter der Bedingung ununterbrochener Arbeit gewünscht. Die Regierung vertritt, die Petition in wohlwollende Erörterung zu ziehen. Für den Fall der Annahme des Plans erwartet man einen großen Aufschwung der Minenarbeit. — Die Regierung von Uruguay beantwortete eine Note der organisierten Regierung mit einer Wiederholung des Protestes gegen die Verbefahrung der Mannschaft des uruguayischen Bergungsschiffes, die die Argentinier vor etwa drei Monaten an den uruguayischen Küste vornehmen hatten.

## Rusland.

### Schweiz.

Ein Verlust, der Arbeiter zu korrumpern.

Z. Bärtsch, 7. November. Zu den geradezu unglaublichen Mitteln, die die bürgerlichen Terroristen im Kampfe um die Militärvorlage anstreben, um die Militärvorlage zur Amnestie zu bringen, gehört auch der Verlust der politischen Korrumperung der Arbeiter durch Stimmenwahl. So ließ die Wahlkommission Bell u. Co. in Kriens bei Luzern am Tage vor der Volksabstimmung Plakatblätter an ihre Arbeiter verteilen, in denen ihnen für den Fall, daß die Vorlage in der Gemeinde Kriens angenommen würde, Entziehung von 80 Prozent des Zobels an die Betriebsräte und von 30 Prozent an die Veduten während des Militärdienstes verprochen wurde. Die Arbeiter haben auf diesen mediorum Korrumperungsvorschlag die einzige richtige Antwort, indem sie mit 600 gegen 373 Stimmen die Vorlage verworfen.

Z. Bei den Kantonsratswahlen in Genf wurden leider nur 10 sozialdemokratische Vertreter gewählt; die sozialdemokratische Wählergemeinschaft erhielt ebenfalls einen Sit. Die Radikalen behaupteten ihre Mehrheitsstellung im Kantonsrat.

### Dänemark.

Antimilitaristen auf dem Wege ins Gefängnis.

Um Montea nachmittags begaben sich 12 Parteigenossen, Mitglieder des Sozialistischen Jugendvereins von Kopenhagen, ins Gefängnis, wo sie Strafen von acht Tagen bis zu drei Monaten absitzen haben. Eine Menge von Mitgliedern des Jugendvereins gab ihnen das Geleit. Der Zug, der sich von dem Vereinslokal am Nørrevarde durch einige der belebtesten Straßen der Stadt nach dem Justizpalast am Nytorv, wo, wie üblich, das Urteil verlesen wurde, wurden die Verurteilten in den berüchtigten Amtswoagen nach dem Gefängnis transportiert.

Die „Verbrechen“ besteht darin, daß sie im April v. J. eine antimilitaristische Exponummer ihres Verbandsblattes „Ihr Id“ vor den Gouvernement verteilt. Das ist verurteilt worden, war nur dadurch möglich, daß das höchste Gericht ebenso wie das Kriminalgericht die Unterstellung, daß dem Sinne und Werke nach nur für Verdienst im Militärdienst gehörige Militärsatzung auf Privatpersonen anzuwenden. Dies ist für das dänische höchste Gericht eine ganz neue Praxis zum Schutz des unter der „liberalen“ Regierung gewalzig empotzweckenden Militarismus. —

### Frankreich.

Das Gelbüch über Marocco.

Das neue Gelbüch über Marocco ist nunmehr auszugeben worden. Es umfaßt 520 Seiten und hat 425 Seiten. Es enthält die diplomatischen Vorgänge vom Januar 1906 bis Oktober 1907.

Sowohl ich überliefert ist, bringt das Gelbüch seinesartige Übersetzungen. Es zeigt sich an der Hand der Dokumente der gleiche Verlauf der Beleidigungen zwischen den französischen und den deutschen Beamten, der seitens der auswärtigen Kameraden bei Gelegenheit der Beleidigung von Alhuda sowie bei der Aktion der Franzosen in Gabesia.

Paris, 7. November. Die Deputiertenkammer hat die Verhandlung über die Vorgänge in Marocco beschließende Interpellation auf Dienstag angelegt, um den Oberordneten ein vorheriges genaues Studium des Gelbüches zu ermöglichen.

Tanger, 7. November. An der marokkanisch-algerischen Grenze hat sich ein Zwischenfall ereignet. 150 Soldaten des Mahalla aus dem Kiflukrit überfielen einen algerischen Händler, der eine Viehherde nach einem marokkanischen Markt trieb. 12 Viehtrieber und die ihnen beistehenden Knechten wurden getötet. Der Händler selbst wurde verwundet. Die Marokkaner unterließen es, auch dienen zu lassen, weil er sich darauf berief, französischer Untertan zu sein. Die Mahalla batte sieben Tote. Als Entschuldigung für den Überfall kann die Annahme gelten, daß die Viehherde für El Oughi bestimmt gewesen sei.

Aufzäumungsarbeiten.

Paris, 7. November. Der Unterpräsident von Dakar nahm mit militärischer Gewalt die Ausweisung der Franziskaner, die dort eine Unterordensanstalt leiteten, vor. Die Mönche boten sich in einer Kapelle geflüchtet und die Tür darüber verbarschiert. Die Tür mußte geöffnet und die Mönche mußten mit Gewalt aus der Kapelle entfernt werden. — In Bourbouq (Département Nord) wurden die Kapuzinerinnen aus ihrem Kloster vertrieben. Die Mönche bereiteten den Nonnen bei ihrer Abfahrt auf dem Bahnhofe in Dunkirchen eine Sympathiebefriedung. In On-San-en-Bran (Département Oise) veranstaltete der Bürgermeister infolge der Belästigung des Pfarrers, ein Mitglied des Gemeinderats katholisch zu verordnen, selbst eine Trauerfeier in der Kirche, indem er den Platz des Pfarrers einnahm und durch den Messen die Trauerfeier singen ließ.

### Italien.

Großer Fall.

Rom, 7. November. Wöhrend des größten Teils der Sitzung vertrug der Vorsitzende von Rsi Regierung über die Ausgaben bei einer Reihe seiner Reichen zu erhalten, da der Kammerrat angeklagt wird, hierbei 50 000 Lite veruntreut zu haben. Rsi verzerrt hartnäckig dabei, daß es sich um Ausgaben für Subsidien und um Vergütung für außerordentliche amtliche Arbeiten handele, über die er unmöglich hätte Buch führen können. Als der Vorsitzende über diese Auskunft ungeduldig wurde, antwortete Rsi Schrift: „Warum nennen Sie mir so viele Fragen, obgleich Sie zugegeben, daß ich unablässige Ausgaben politischer und persönlicher Natur mitverursacht habe? Ich lehne die empörende Ankladung, Veruntreuungen begangen zu haben, energisch ab. Ich will mich nicht

hinter Brüderdienstes verbargen, werde aber, wenn notwendig, für eine dreitägige Reise nach Neapel 2000 Lite allein für Prozeß und Fahrt liquidieren!“ Der Präsident vertrug, Rsi nicht weiter, den mitangestellten ehemaligen Untersuchungsrichter Stoffa, Lombardo, der so gebrochen ist, wie Rsi selbstverständlich Münster ausgeführt habe. Im zweiten Bericht der Verhandlung kommt die Entwendung allerlei amtlich getueter Gegenstände zur Sprache. Um wesentlich gibt Rsi nur zu, Gelder für viele Einzelheiten veruntreut zu haben. Einige verflüchtigte Gegenstände dienten zur Entfärbung von Bekleidungen und Gefäßen, die die Mission von Teipoli aufgeführt.

### Rußland.

Prozeß Gurko.

Petersburg, 7. November. Den wichtigen Wissenswerten Schrift im Gelände. Gurko bildete die Aussage des Ministerpräsidenten im Gelände. Er erklärte, daß Gurko den Vertrag mit Russland selbstständig abgeschlossen und dazu auch Vollmacht gehabt habe. Der Anlauf von Sezession, wie von Gurko gehandelt, sei die Krone sehr vorteilhaft gewesen. Die Aussage eines so bedeutenden Vorsäßes am Riedwall sei allerdings nicht unrichtig gewesen. Sein Urteil über Gurko sehr Stolz, denn Gurko ist ein begabter, talenteller, arbeitswilliger Mann von fieberhafter Ehrenhaftigkeit. Schließlich wurde auch die Aussage des Finanzministers Stolz erfüllt, daß er überall die Staatsgelder mit großer Sicherheit verwaltet habe. Baron Frederick, der obige Gouverneur von Nischni-Nowgorod, hat seine Aussagen ebenfalls eingestellt; sie laufen zugunsten Gurko. Schließlich wurde auch die Zeugin Setova, die Leiterin des Singerschulvereins, verhört, welche die Bezeugung des Prozeßes bestätigte. Sie lebten 100 000 Rubel erhalten haben soll. Die Bezeugung wurde von ihr und auch von einer Reihe weiterer Zeugen widerlegt. Heute finden die Plaidothen des Oberstaatsanwalts und des Verteidigers statt.

Der höchste Gerichtshof erkannte den freibaren Gehilfen des Ministers des Innern Gurko. Stolz' „arbeitswilligen Mann von fieberhafter Ehrenhaftigkeit“, für schuldig, dem Staat einen Verlust von mehr als einer halben Million Rubel verursacht zu haben und verurteilte ihn bezüglich der Amnestie und zum Verlust der Freiheit zur Bekleidung öffentlicher Ämter für die Dauer von drei Jahren.

### Walachianer Guillotine.

Wachau, 7. November. (Voss. Blg.) Heute wurden hier 88 Mitglieder der Proletarierpartei verhaftet. Das Kriegsgericht fällte vier Todesurteile.

Wachau, 7. November. Dienstag mittag wurde hier ein jüdischer Händler, der vor einem Leidenschaften keinen hat nicht angenommen, von Polizisten mit Schlägen niedergeschlagen. Als Antwort darauf wurden am gleichen Abend zwei Gendarmen erschossen.

### Echt russische Leute.

Obessa, 7. November. Die reaktionären Abgeordneten Ostrolands beschäftigten sich gestern in einer Konferenz mit ihrer Haltung in der Duma. Es wurde beschlossen, die Steuer zu erneuern, über ganz Südrussland den Belagerungskrieg zu verhängen, die Feldgerichte wieder einzuführen und die Revolutionäre mit großer Rücksichtlosigkeit, „aber innerhalb der gesetzlichen Grenzen“, zu bekämpfen. Die Abgeordneten erklärten, daß sie den Pogrom und die Gewalttätigkeiten „mäßigen“.

Moskau, 7. November. Der vom Kriegsgericht zum Tode verurteilte deutsche Reichsangehörige Johnson, der am 7. d. b. hingerichtet werden soll, wurde in der Gefängniszelle erhängt aufgefunden.

### Amerika.

Die Gouverneurswahlen in den Vereinigten Staaten. New York, 7. November. Obwohl nur weniger als 100 000 Wählern von besonderer politischer Bedeutung sind, schien die Wahl auf eine leichte Tendenz nach der Seite der demokratischen Partei anzudeuten.

Bei den Wahlen in Massachusetts wurde der Republikaner Gould zum Gouverneur gewählt mit einer Mehrheit von 104 000 Stimmen, während in Maryland der Demokrat Crockett fiel. In Rhode Island wurde Higgins wieder zum Gouverneur gewählt. In Pennsylvania der Republikaner Spears zum Staatspräsidenten mit einer Mehrheit von 175 000 Stimmen gewählt. In Texas hat republikanisch gewählt, aber mit bedeutsam geringerer Mehrheit als früher. Nur extreme Anti-Roosevelt-Wähler leben dort. Anzeichen einer Strömung gegen den Präsidenten. Im allgemeinen läuft die Wahl den Status unverändert.

### Rosswell.

Roswell, 7. November. Globus bringt die Nachricht, Roswell habe die republikanische Führer des Staates New Mexico am 16. dieses Monats zu einer Konferenz nach Washington geladen. Diese Konferenz bedeutet den Eintritt in den Kampf für keine Kandidatur. Der Vorsitzende des republikanischen Ausschusses des Senates Roswell habe geladen, er sei überzeugt, daß der Konservativen Roswell wieder als Kandidat ausspielen werde.

### Ostpreß.

Washington, 7. November. Nach einem Bericht der Kommission für den militärischen Handel hat die Zahl der bei Kriegsbeginn zusammengebrachten und Entgleisungen gefüllten und verlorenen Gefangen in beträchtlichem Grade zugenommen. Von dem am 30. zum 1. Ende genannten Jahr fanden 5000 Personen den Tod und 250 wurden verletzt. Die Anzahl gegen das Vorjahr beträgt 775 gegen 9577 Personen.

### Der Kampf um den Oberstitel.

H. F. Berlin, den 7. November 1907.

Der bekannte Prozeß gegen den Oberst a. D. Gädde wegen unbefugter Führung des Oberstifts gelangte heute vor der ersten Strafgerichtsbank des Landgerichts Berlin I wiederum in der Verhandlung. Die Verteidigung ist bei Gelegenheit der früheren Verhandlungen wiederholt mitgeteilt worden. Oberst Gädde hält sich für berechtigt, seinem Titel als Oberst a. D. beizubehalten, obgleich ihm durch sonstige Kabinettordore vom 27. Februar 1904 das Recht dazu entzogen wurde. Das Schöffengericht hatte Gädde zum zweiten Male freigesprochen.

Gegen dieses Urteil

der 1874 rechtmäßig sei. Die Gegeneinigung eines Ministers war hierbei nicht erforderlich.

**Staatsanwalt:** Ich will nur vorweg bemerken, daß der Angeklagte ein Recht nach seiner Verabschiedung sich bereit erhöht im Falle einer Mobilisierung sich dem 5. Armeecorps zur Verfügung zu stellen.

**Gödde:** Ich bemerkte, daß ich zunächst auf eine Anfrage des 5. Armeecorps, ob ich mich im Falle einer Mobilisierung zur Verfügung stellen wolle, nicht beantwortete. Später wurde ich durch den Chef des Generalstabs des 5. Armeecorps per sönlich angefragt, ob ich mich im Falle einer Mobilisierung dem 5. Armeecorps zur Verfügung stellen wolle; ich sollte in diesem Falle den Befehl des übergeordneten Chefs des 5. Armeecorps erhalten. Ich hielt dies zweckmäßig für ein besonderes Vertrauen. Ich antwortete daher: ich erkläre mich für das laufende Jahr zur Übernahme dieser Erfüllung im Falle einer Mobilisierung bereit. Daraus ist nichts weiter erfolgt. — Darauf wird die Kabinettordre vom 27. Februar 1864 verlesen, wonach dem Angeklagten das Recht, den Oberststall zu führen, entzogen wird, da er in der Preise eine sozialdemokratische Partei von Frau Lily Braun in gähnender Weise beprochen habe.

Es entwickelt sich darauf eine längere Auseinandersetzung zwischen dem Staatsanwalt und dem Angeklagten. Der Angeklagte bemerkt: Selbst die Neue Preußische (Kreuz-) Zeitung schrieb einst: Es sei nicht angängig, verabschiedete Offiziere der militärischen Strafgerichtsbarkeit zu entziehen, sie seien alldann auch der militärischen Ehrengerichtsbarkeit entzogen. Im übrigen sei der Generalmajor Graf Wilhelm Hohenau mit dem Rechte, Uniform zu tragen, verabschiedet worden. Trotz der inquisitiven Sanktion geworbenen Verschulden sei gegen den General Wilhelm Hohenau ein ehrenamtliches Verfahren nicht eingeleitet worden.

Der Verteidiger beantragt hierüber Beweis zu erheben. Nach langer Beratung lehnt der Gerichtshof die Anträge ab, da er die vorgebrachten Tatsachen als wahr unterstellt.

Alldann nimmt das Wort Staatsanwalt Dr. Giese. Er beantragt gegen den Angeklagten wegen unbefugter Führung des Obersturms eine Haftstrafe von vier Wochen. Der Staatsanwalt beruft sich insbesondere auf das Urteil des Kammergerichts, in dem die Kabinettordre vom 27. Februar 1864 als rechtmäßig anerkannt worden sei. Das Kammergericht habe die Revision verurteilt, weil nicht nachgewiesen sei, daß die Kabinettordre den Angeklagten in gehöriger Weise bekannt gemacht worden sei. Die Auskunft der Kabinettordre sei daher erneuert worden. Richtig habe er erregt, daß das Schöffengericht des Amtsgerichts I am 13. Februar 1906 die bisher von niemandem angekündigte Kabinettordre vom 2. Mai 1874 als rechtmäßig erklärte habe. Es sei ganz selbstverständlich, daß der Offizier auch nach seiner Verabschiedung zur Genossenschaft der Offiziere gehöre. Es könne doch kein Zweifel unterliegen, daß verabschiedete Offiziere der Kommandostaffel des obersten Kriegsberns unterstehen. Dazu gehört dar, daß der verabschiedete Offizier der militärischen Kleiderabteilung, der militärischen Institution unterstehe. Die Offiziere unterwerfen sich bei ihrem Dienstleistung dem Disziplinargewalt des Stalls, auch noch nach ihrer Verabschiedung. In Preußen möge es vielleicht leicht sein, auf die Berechtigung, Uniform zu tragen, zu verzichten, aber nicht in Preußen. Es sei nicht angängig, dem obersten Kriegsbernen in einem eingeschriebenen Brief zu schreiben: man verzichte auf das Recht, Uniform zu tragen. Die Höhe der Strafe sei ziemlich gleichmäßig. Die beantragte Strafe rechtmäßig ist durch das Verhalten des Angeklagten, der trotz wiederholter schriftlicher Kabinettordre den Oberststall weiterführte. Es bedauert, daß der Angeklagte sich in seine Idee, den Oberststall trotz allerunterstützung zu drehen, so sehr verirrt habe.

**Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Franz Höger:** In hundert Schlagnahmen habe der Angeklagte geschossen und gebütel für seinen König. Es sei daher wohl begreiflich, daß es dem Angeklagten ungemein schwer falle, sich gegen eine Kabinettordre, die einen obersten Kriegsbernen in Wahrnehmung seines guten Rechtes aufzuheben. Schon vor 80 Jahren waren die Richter im Zweifel, ob die Kabinettordre von 1864 rechtmäßig sei. Die erweiterte Kabinettordre von 1874 sei nicht gegengesetztes und nicht in der Gesetzesammlung publiziert, mithin rechtmäßig. Das Alter des Gesetzes könnte niemals ein Grund sein, daß Geleg nicht für ungültig zu erklären, andernfalls gerieten wir in eine vollständige Rechtsbarriere. Der Verteidiger sucht alldann den Radikalismus zu vertreten, daß der Verteidiger nicht gegen seinen König; der Angeklagte sei ein hochverdienter Offizier, der sicherlich, wenn heute der Stoff an ihn erginge, sich sofort mit Freuden seinem König zur Verfügung stellen würde. Dieser Mann soll aus einem Gewebe aus dem Offizierkorps entstehen, der kein Grund sei. Ich ersuche Sie, meine Herren Richter, denkt nicht Sie die Anklage, die mit Unrecht gegen einen Ehrenmann erhoben worden ist und sprechen Sie den Angeklagten frei.

**Angeklagter Oberst a. D. Gödde:** Man werde es ihm nachführen, daß ihm der Kampf, den er seit drei Jahren führe, sehr widerstehe. Der Staatsanwalt habe nicht als Staatsanwalt, sondern als Reserveoffizier gesprochen. Als Reserveoffizier unterstehe er der Kommandogewalt des Kaisers. Er (Gödde) sei aber nicht mehr Offizier. Er beansprucht jedoch, nachdem er auf sein Offizierrecht verzichtet habe, daß ihm der Schutz der Gesetze und der Verfassung zugeteilt werde. Da man ihm nicht bestreiten könne, so habe man ihm durch Entziehung des Oberststalls beizutun. Er gebe sich der Hoffnung hin, daß der Gerichtshof ihn gegen die Villen der Militärbehörde schützen werde. Er kämpfe nicht gegen den Königs Majestät. Der König habe ungängige Geschäfte zu erledigen, er müsse sich deshalb auf seine Angelegenheiten verloren. Nicht den König, sondern dessen Kriegsberne gelte sein Kampf. Wenn das Ansehen des Herren dadurch Schaden erleiden sollte, so seien die Angestalter des Staates daran Schuld. Der Angeklagte alldann auf die Rechtsfrage ein und bemerkte: ein Amtsrichter a. D. ist nicht mehr Amtsrichter, denn er habe keine Amtspflicht mehr, der Offizier a. D. sei auch nicht mehr Offizier, denn er habe keine Dienstpflicht mehr, wenn er sich auch Oberst a. D. nenne. Nachdem der Gerichtshof ihm freigesprochen, könne von einem Dolus nicht die Rede sein. Einen Dolus können höchstens diejenigen haben, die ihn grundsätzlich verfolgen. Major Lützow und Generalmajor Graf Wilhelm Hohenau laufen trotz ihrer Verhältnisse, der leichtere sogar mit der Uniform herum. Gegen diese Leute finde sich kein Ehrengerichtshof. In diesen Fällen verlieren die Ehrengerichte. Um so härter werden politische Dinge von der Militärverwaltung verfolgt. Er berufe sich auf die vorzüglichen Ausführungen des ersten Richters und bitte den Gerichtshof, seine Ehre, die in freudhafter Weise angesprochen sei, wieder herzustellen. Der Titel hinter dem seine Wacht habe nichts. Allein, in dem vorliegenden Reime würde die Tadelnachricht ihn in der öffentlichen Meinung herabsetzen. Er habe das Recht, den Titel Oberst a. D. weiter zu führen, nachdem er 30 Jahre seinem König und dem Vaterlande treu dient und seine Dienstpflichten voll erfüllt habe. Er habe sich nichts auszuhalten lassen wie Major v. Sanden, der, obwohl wegen Betrugsspekulation, rücksichtslos seinem Majorstall weiterführte. Er sei ein ehemaliger Ehrenmann wie der Staatsanwalt. Er wäre ein Feigling, wenn er die Peitsche flüchten würde, die ihm zugeschlagen würde. Er lege die Herstellung seiner Ehre verantwortlich in die Hände des hohen Gerichtshofes und sei überzeugt, der Gerichtshof werde Verhafung und Gefangenschaft zu schüren wissen und auf Freisprechung erkennen.

Nach langer Beratung des Gerichtshofs verhandelt der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Krüger folgendes:

**Urteil:** Der Gerichtshof hat die Kabinettordre vom 2. Mai 1874, soweit sie von einem Minister nicht gegengesetzt sei, für rechtmäßig erachtet, da sie kein Regierungsakt, sondern ein Amtsbescheid sei. Die Offiziere der deutschen Armee, auch die verabschiedeten, haben sich dem Befehl des obersten Kriegsberns zu unterwerfen, da

sie das Recht haben, den Hof des Königs zu tragen. Es ist hierbei gleichzeitig ob ein Urteil auf dieses Recht ausgeschlossen werden darf. Bemerkenswert sind auch die Kabinettordre vom 27. Februar 1904 und 27. Dezember 1906 rechtmäßig, zumal sie auf dem Spruch eines Ehrengerichts beruhen. Verabschiedete Offiziere unterstehen wohl nicht der Militärgerichtsbarkeit, wohl aber dem militärischen Ehrengerichtsverfahren. Der Gerichtshof hatte nun zu prüfen, ob der Angeklagte das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit hatte. Ein solches Bewußtsein ist vorhanden, wenn er nur im Zweifel war, ob er befugt sei, den Oberststall weiter zu führen. Diesen Zweifel mußte er aber haben, nachdem er das Erkenntnis des Kammergerichts gehabt hatte. Der Angeklagte war daher auf Grund des § 890 al. 5 Satz G. V. zu bestrafen. Bei der Strafzumessung ist erwogen worden, daß der Angeklagte ein vollendetes Ehrenmann ist. Es ist daher von einer strengen Strafe Abstand genommen worden. Untererst ist jedoch die künftige Gehörigkeit der Königslösung der Altershöchsten Kabinettordre, die geeignet ist, das Ansehen der Krone zu schädigen, in Betracht gezogen worden. Der Gerichtshof hat daher, unter Aufhebung des Urteils des Schöffengerichts, den Angeklagten zu der höchsten zulässigen Strafe von 150 R. eventuell 15 Tagen Haft verurteilt und ihm die Kosten des Verfahrens auferlegt.

## Sächsischer Landtag.

II. Kammer.  
14. Sitzung vom 8. November 1907.

### Fortschreibung der Einberufung.

**Justizminister Dr. Otto:** Der Abg. Zimmermann habe sich darüber ausgesetzt, daß das Ministerium eine Verordnung über Zulassung von Jüden zu Schöffen und Goldwachen erlassen habe. Das sei richtig, nur die Würde des Jüden habe das Justizministerium überwacht, und zwar gleichzeitig mit einem ebenfalls Würde der mittleren Postbeamten. Von einer Anweisung, Jüden zu berücksichtigen, kann keine Rede sein. An ebendieser Stelle sei das Finanzministerium eine Haftstrafe von vier Wochen.

**Finanzminister Dr. Müller:** Es sei nominalisch durch den Abg. Zimmermann der Wunsch laut geworden, was die letzte Konferenz des Finanzministers beschlossen habe. Ich bin nicht in der Lage, dem Wunsche nachzukommen, denn die Beratungen waren vertraulicher Natur und dienen in erster Linie der Information. Sicherlich kann ich aber, daß alle verbandeten Regierungen darüber einig waren, daß das Gebiet der direkten Steuern den Generalstaat unverändert überlassen bleibt. (Wenig) Die läßt die Regierung das ja von jeder dieser Standorte vertreten. Sie hält die direkten Einkommensteuer für eine wichtige Voraussetzung für die wirtschaftliche und volkswirtschaftliche Unabhängigkeit der Einzelstaaten, die ich nicht für berechtigt, sondern für notwendig halte, wenn nicht der gelehrte Bau des Reiches erlaubt werden soll. Einzelne Redner haben die Schuldentlastung in diesem Statut als eine augenzweckhafte hohe bezeichnet. Ich hätte gern dafür mehr eingetragen, wenn es möglich gewesen wäre. Wenn man bedenkt, daß sich in jedem Statut der Uebelstand bemerkbar macht, eine stetige Summe an Schulden einzahlen zu müssen, wird man zugewiesen, daß eine deutschnationale Schuldentlastung ähnlich wichtig ist für die zukünftige Entwicklung der Finanzlage. Dann wie die leige Hundertmillionenrente bereits vergeben, hätten wir in den dreißigjährigen Kriegstein 4 Millionen Mark mehr an Schulden einzahlen müssen. Noch einige Bemerkungen über die vierter Klasse an Sonntagen. Ich habe doch wohl bereits deutlich erkennen lassen, daß ich die Frage anderweitig in Erwähnung bringen werde. Meine zu der Sache erdrückenden Bedenken haben den Abg. Zimmermann veranlaßt, mich als Mann hinzustellen, der lediglich Finanzfunktor sei; also Equus des Spielführerstuhls sollte ich wohl dadurch eingesetzt werden. Nun ich definiere offen, daß ich es für einen Vorzug halten würde, wenn wir noch hente, wie unten besprochen, eine stetige Summe an Schulden einzahlen müssen, wird man zugewiesen, daß eine deutschnationale Schuldentlastung ähnlich wichtig ist für die zukünftige Entwicklung der Finanzlage. Wenn wir die leige Hundertmillionenrente bereitstellen, hätten wir in den dreißigjährigen Kriegstein 4 Millionen Mark mehr an Schulden einzahlen müssen. Ich habe doch wohl bereits deutlich erkennen lassen, daß ich die Frage anderweitig in Erwähnung bringen werde. Meine zu der Sache erdrückenden Bedenken haben den Abg. Zimmermann veranlaßt, mich als Mann hinzustellen, der lediglich Finanzfunktor sei; also Equus des Spielführerstuhls sollte ich wohl dadurch eingesetzt werden. Nun ich definiere offen, daß ich es für einen Vorzug halten würde, wenn wir noch hente, wie unten besprochen, eine stetige Summe an Schulden einzahlen müssen, wird man zugewiesen, daß eine deutschnationale Schuldentlastung ähnlich wichtig ist für die zukünftige Entwicklung der Finanzlage. Wenn wir die leige Hundertmillionenrente bereitstellen, hätten wir in den dreißigjährigen Kriegstein 4 Millionen Mark mehr an Schulden einzahlen müssen. Ich habe doch wohl bereits deutlich erkennen lassen, daß ich die Frage anderweitig in Erwähnung bringen werde. Meine zu der Sache erdrückenden Bedenken haben den Abg. Zimmermann veranlaßt, mich als Mann hinzustellen, der lediglich Finanzfunktor sei; also Equus des Spielführerstuhls sollte ich wohl dadurch eingesetzt werden. Nun ich definiere offen, daß ich es für einen Vorzug halten würde, wenn wir noch hente, wie unten besprochen, eine stetige Summe an Schulden einzahlen müssen, wird man zugewiesen, daß eine deutschnationale Schuldentlastung ähnlich wichtig ist für die zukünftige Entwicklung der Finanzlage. Wenn wir die leige Hundertmillionenrente bereitstellen, hätten wir in den dreißigjährigen Kriegstein 4 Millionen Mark mehr an Schulden einzahlen müssen. Ich habe doch wohl bereits deutlich erkennen lassen, daß ich die Frage anderweitig in Erwähnung bringen werde. Meine zu der Sache erdrückenden Bedenken haben den Abg. Zimmermann veranlaßt, mich als Mann hinzustellen, der lediglich Finanzfunktor sei; also Equus des Spielführerstuhls sollte ich wohl dadurch eingesetzt werden. Nun ich definiere offen, daß ich es für einen Vorzug halten würde, wenn wir noch hente, wie unten besprochen, eine stetige Summe an Schulden einzahlen müssen, wird man zugewiesen, daß eine deutschnationale Schuldentlastung ähnlich wichtig ist für die zukünftige Entwicklung der Finanzlage. Wenn wir die leige Hundertmillionenrente bereitstellen, hätten wir in den dreißigjährigen Kriegstein 4 Millionen Mark mehr an Schulden einzahlen müssen. Ich habe doch wohl bereits deutlich erkennen lassen, daß ich die Frage anderweitig in Erwähnung bringen werde. Meine zu der Sache erdrückenden Bedenken haben den Abg. Zimmermann veranlaßt, mich als Mann hinzustellen, der lediglich Finanzfunktor sei; also Equus des Spielführerstuhls sollte ich wohl dadurch eingesetzt werden. Nun ich definiere offen, daß ich es für einen Vorzug halten würde, wenn wir noch hente, wie unten besprochen, eine stetige Summe an Schulden einzahlen müssen, wird man zugewiesen, daß eine deutschnationale Schuldentlastung ähnlich wichtig ist für die zukünftige Entwicklung der Finanzlage. Wenn wir die leige Hundertmillionenrente bereitstellen, hätten wir in den dreißigjährigen Kriegstein 4 Millionen Mark mehr an Schulden einzahlen müssen. Ich habe doch wohl bereits deutlich erkennen lassen, daß ich die Frage anderweitig in Erwähnung bringen werde. Meine zu der Sache erdrückenden Bedenken haben den Abg. Zimmermann veranlaßt, mich als Mann hinzustellen, der lediglich Finanzfunktor sei; also Equus des Spielführerstuhls sollte ich wohl dadurch eingesetzt werden. Nun ich definiere offen, daß ich es für einen Vorzug halten würde, wenn wir noch hente, wie unten besprochen, eine stetige Summe an Schulden einzahlen müssen, wird man zugewiesen, daß eine deutschnationale Schuldentlastung ähnlich wichtig ist für die zukünftige Entwicklung der Finanzlage. Wenn wir die leige Hundertmillionenrente bereitstellen, hätten wir in den dreißigjährigen Kriegstein 4 Millionen Mark mehr an Schulden einzahlen müssen. Ich habe doch wohl bereits deutlich erkennen lassen, daß ich die Frage anderweitig in Erwähnung bringen werde. Meine zu der Sache erdrückenden Bedenken haben den Abg. Zimmermann veranlaßt, mich als Mann hinzustellen, der lediglich Finanzfunktor sei; also Equus des Spielführerstuhls sollte ich wohl dadurch eingesetzt werden. Nun ich definiere offen, daß ich es für einen Vorzug halten würde, wenn wir noch hente, wie unten besprochen, eine stetige Summe an Schulden einzahlen müssen, wird man zugewiesen, daß eine deutschnationale Schuldentlastung ähnlich wichtig ist für die zukünftige Entwicklung der Finanzlage. Wenn wir die leige Hundertmillionenrente bereitstellen, hätten wir in den dreißigjährigen Kriegstein 4 Millionen Mark mehr an Schulden einzahlen müssen. Ich habe doch wohl bereits deutlich erkennen lassen, daß ich die Frage anderweitig in Erwähnung bringen werde. Meine zu der Sache erdrückenden Bedenken haben den Abg. Zimmermann veranlaßt, mich als Mann hinzustellen, der lediglich Finanzfunktor sei; also Equus des Spielführerstuhls sollte ich wohl dadurch eingesetzt werden. Nun ich definiere offen, daß ich es für einen Vorzug halten würde, wenn wir noch hente, wie unten besprochen, eine stetige Summe an Schulden einzahlen müssen, wird man zugewiesen, daß eine deutschnationale Schuldentlastung ähnlich wichtig ist für die zukünftige Entwicklung der Finanzlage. Wenn wir die leige Hundertmillionenrente bereitstellen, hätten wir in den dreißigjährigen Kriegstein 4 Millionen Mark mehr an Schulden einzahlen müssen. Ich habe doch wohl bereits deutlich erkennen lassen, daß ich die Frage anderweitig in Erwähnung bringen werde. Meine zu der Sache erdrückenden Bedenken haben den Abg. Zimmermann veranlaßt, mich als Mann hinzustellen, der lediglich Finanzfunktor sei; also Equus des Spielführerstuhls sollte ich wohl dadurch eingesetzt werden. Nun ich definiere offen, daß ich es für einen Vorzug halten würde, wenn wir noch hente, wie unten besprochen, eine stetige Summe an Schulden einzahlen müssen, wird man zugewiesen, daß eine deutschnationale Schuldentlastung ähnlich wichtig ist für die zukünftige Entwicklung der Finanzlage. Wenn wir die leige Hundertmillionenrente bereitstellen, hätten wir in den dreißigjährigen Kriegstein 4 Millionen Mark mehr an Schulden einzahlen müssen. Ich habe doch wohl bereits deutlich erkennen lassen, daß ich die Frage anderweitig in Erwähnung bringen werde. Meine zu der Sache erdrückenden Bedenken haben den Abg. Zimmermann veranlaßt, mich als Mann hinzustellen, der lediglich Finanzfunktor sei; also Equus des Spielführerstuhls sollte ich wohl dadurch eingesetzt werden. Nun ich definiere offen, daß ich es für einen Vorzug halten würde, wenn wir noch hente, wie unten besprochen, eine stetige Summe an Schulden einzahlen müssen, wird man zugewiesen, daß eine deutschnationale Schuldentlastung ähnlich wichtig ist für die zukünftige Entwicklung der Finanzlage. Wenn wir die leige Hundertmillionenrente bereitstellen, hätten wir in den dreißigjährigen Kriegstein 4 Millionen Mark mehr an Schulden einzahlen müssen. Ich habe doch wohl bereits deutlich erkennen lassen, daß ich die Frage anderweitig in Erwähnung bringen werde. Meine zu der Sache erdrückenden Bedenken haben den Abg. Zimmermann veranlaßt, mich als Mann hinzustellen, der lediglich Finanzfunktor sei; also Equus des Spielführerstuhls sollte ich wohl dadurch eingesetzt werden. Nun ich definiere offen, daß ich es für einen Vorzug halten würde, wenn wir noch hente, wie unten besprochen, eine stetige Summe an Schulden einzahlen müssen, wird man zugewiesen, daß eine deutschnationale Schuldentlastung ähnlich wichtig ist für die zukünftige Entwicklung der Finanzlage. Wenn wir die leige Hundertmillionenrente bereitstellen, hätten wir in den dreißigjährigen Kriegstein 4 Millionen Mark mehr an Schulden einzahlen müssen. Ich habe doch wohl bereits deutlich erkennen lassen, daß ich die Frage anderweitig in Erwähnung bringen werde. Meine zu der Sache erdrückenden Bedenken haben den Abg. Zimmermann veranlaßt, mich als Mann hinzustellen, der lediglich Finanzfunktor sei; also Equus des Spielführerstuhls sollte ich wohl dadurch eingesetzt werden. Nun ich definiere offen, daß ich es für einen Vorzug halten würde, wenn wir noch hente, wie unten besprochen, eine stetige Summe an Schulden einzahlen müssen, wird man zugewiesen, daß eine deutschnationale Schuldentlastung ähnlich wichtig ist für die zukünftige Entwicklung der Finanzlage. Wenn wir die leige Hundertmillionenrente bereitstellen, hätten wir in den dreißigjährigen Kriegstein 4 Millionen Mark mehr an Schulden einzahlen müssen. Ich habe doch wohl bereits deutlich erkennen lassen, daß ich die Frage anderweitig in Erwähnung bringen werde. Meine zu der Sache erdrückenden Bedenken haben den Abg. Zimmermann veranlaßt, mich als Mann hinzustellen, der lediglich Finanzfunktor sei; also Equus des Spielführerstuhls sollte ich wohl dadurch eingesetzt werden. Nun ich definiere offen, daß ich es für einen Vorzug halten würde, wenn wir noch hente, wie unten besprochen, eine stetige Summe an Schulden einzahlen müssen, wird man zugewiesen, daß eine deutschnationale Schuldentlastung ähnlich wichtig ist für die zukünftige Entwicklung der Finanzlage. Wenn wir die leige Hundertmillionenrente bereitstellen, hätten wir in den dreißigjährigen Kriegstein 4 Millionen Mark mehr an Schulden einzahlen müssen. Ich habe doch wohl bereits deutlich erkennen lassen, daß ich die Frage anderweitig in Erwähnung bringen werde. Meine zu der Sache erdrückenden Bedenken haben den Abg. Zimmermann veranlaßt, mich als Mann hinzustellen, der lediglich Finanzfunktor sei; also Equus des Spielführerstuhls sollte ich wohl dadurch eingesetzt werden. Nun ich definiere offen, daß ich es für einen Vorzug halten würde, wenn wir noch hente, wie unten besprochen, eine stetige Summe an Schulden einzahlen müssen, wird man zugewiesen, daß eine deutschnationale Schuldentlastung ähnlich wichtig ist für die zukünftige Entwicklung der Finanzlage. Wenn wir die leige Hundertmillionenrente bereitstellen, hätten wir in den dreißigjährigen Kriegstein 4 Millionen Mark mehr an Schulden einzahlen müssen. Ich habe doch wohl bereits deutlich erkennen lassen, daß ich die Frage anderweitig in Erwähnung bringen werde. Meine zu der Sache erdrückenden Bedenken haben den Abg. Zimmermann veranlaßt, mich als Mann hinzustellen, der lediglich Finanzfunktor sei; also Equus des Spielführerstuhls sollte ich wohl dadurch eingesetzt werden. Nun ich definiere offen, daß ich es für einen Vorzug halten würde, wenn wir noch hente, wie unten besprochen, eine stetige Summe an Schulden einzahlen müssen, wird man zugewiesen, daß eine deutschnationale Schuldentlastung ähnlich wichtig ist für die zukünftige Entwicklung der Finanzlage. Wenn wir die leige Hundertmillionenrente bereitstellen, hätten wir in den dreißigjährigen Kriegstein 4 Millionen Mark mehr an Schulden einzahlen müssen. Ich habe doch wohl bereits deutlich erkennen lassen, daß ich die Frage anderweitig in Erwähnung bringen werde. Meine zu der Sache erdrückenden Bedenken haben den Abg. Zimmermann veranlaßt, mich als Mann hinzustellen, der lediglich Finanzfunktor sei; also Equus des Spielführerstuhls sollte ich wohl dadurch eingesetzt werden. Nun ich definiere offen, daß ich es für einen Vorzug halten würde, wenn wir noch hente, wie unten besprochen, eine stetige Summe an Schulden einzahlen müssen, wird man zugewiesen, daß eine deutschnationale Schuldentlastung ähnlich wichtig ist für die zukünftige Entwicklung der Finanzlage. Wenn wir die leige Hundertmillionenrente bereitstellen, hätten wir in den dreißigjährigen Kriegstein 4 Millionen Mark mehr an Schulden einzahlen müssen. Ich habe doch wohl bereits deutlich erkennen lassen, daß ich die Frage anderweitig in Erwähnung bringen werde. Meine zu der Sache erdrückenden Bedenken haben den Abg. Zimmermann veranlaßt, mich als Mann hinzustellen, der lediglich Finanzfunktor sei; also Equus des Spielführerstuhls sollte ich wohl dadurch eingesetzt werden. Nun ich definiere offen, daß ich es für einen Vorzug halten würde, wenn wir noch hente, wie unten besprochen, eine stetige Summe an Schulden einzahlen müssen, wird man zugewiesen, daß eine deutschnationale Schuldentlastung ähnlich wichtig ist für die zukünftige Entwicklung der Finanzlage. Wenn wir die leige Hundertmillionenrente bereitstellen, hätten wir in den dreißigjährigen Kriegstein 4 Millionen Mark mehr an Schulden einzahlen müssen. Ich habe doch wohl bereits deutlich erkennen lassen, daß ich die Frage anderweitig in Erwähnung bringen werde. Meine zu der Sache erdrückenden Bedenken haben den Abg. Zimmermann veranlaßt, mich als Mann hinzustellen, der lediglich Finanzfunktor sei; also Equus des Spielführerstuhls sollte ich wohl dadurch eingesetzt werden. Nun ich definiere offen, daß ich es für einen Vorzug halten würde, wenn wir noch hente, wie unten besprochen, eine stetige Summe an Schulden einzahlen müssen, wird man zugewiesen, daß eine deutschnationale Schuldentlastung ähnlich wichtig ist für die zukünftige Entwicklung der Finanzlage. Wenn wir die leige Hundertmillionenrente bereitstellen, hätten wir in den dreißigjährigen Kriegstein 4 Millionen Mark mehr an Schulden einzahlen müssen. Ich habe doch wohl bereits deutlich erkennen lassen, daß ich die Frage anderweitig in Erwähnung bringen werde. Meine zu der Sache erdrückenden Bedenken haben den Abg. Zimmermann veranlaßt, mich als Mann hinzustellen, der lediglich Finanzfunktor sei; also Equus des Spielführerstuhls sollte ich wohl dadurch eingesetzt werden. Nun ich definiere offen, daß ich es für einen Vorzug halten

**Dresdner Volkshaus**  
Ritterbergstr. 2      Telefon 1425      Maxstraße 13.  
Sonntag den 10. November 1907

**Konzert- und Theater-Abend**

ausgeführt vom Dresdner Volkshaus-Ensemble, Direktion: Fr. Melms.

**Programm:**  
Kuriert, Lustspiel. — Singvögelchen, Liederspiel. — Eine vollkommene Frau, Schwank. — Eine verfolgte Unschuld, Poese mit Gesang.

**Anfang 5 Uhr.**      Eintritt 20 Pf.      Ende 11 Uhr.  
Jeden Sonnabend und Sonntag: **Grosses Gänse- und Hasen-Essen.**  
Felsenkeller-Lager. — Radeberger Pilsner. — Echt Kulmbacher.

## Verband der Fabrikarbeiter u. -Arbeiterinnen.

Dienstag den 12. November, abends 9 Uhr, in der Erholung, Schandauerstraße 73

## Oeffentl. Versammlung

für alle Fabrik-, Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen von Striesen u. Umg.

Tages-Ordnung:

### Die Kulturaufgaben der Arbeiter-Organisationen.

Referent: Genosse Karl Sindermann.

Unsere sozialen Bewegungen im Jahre 1907 und ihre Lehren für alle Kollegen und Kolleginnen.

Gewerkschaftliches.

Debatte.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Es geht alle in dieser Versammlung. Jeder sorge für recht zahlreichen Besuch.

Der Eintritt ist frei.

## Gewerkschaftskartell Mügeln u. Umg.

Dienstag den 12. November, abends 9 Uhr

## Monats-Versammlung

im Alten Gasthof zu Mügeln.

Zahlreiches Erscheinen dringend notwendig.

Der Vorstand.

## Metallarbeiter der Lößnitzortschaften.

Sonntagsabend den 9. November, abends 9 Uhr

## Versammlung

im Goldenen Anker, Rößchenbroda.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über das Recht im gewerblichen Arbeitsverhältnis.
2. Verbands-Angelegenheiten.

Das Erscheinen aller in den Lößnitzortschaften wohnenden Kollegen wird erwartet.

## Elektromontoure u. Helfer.

Sonntagsabend den 9. November, abends 9 Uhr

## Versammlung

im kleinen Saal des Volkshauses, Ritterbergstraße.

Tages-Ordnung:

1. Die Aufgaben der Gewerkschaften.
2. Branchen-Angelegenheiten.

Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

## Turn-Verein Stetzsch

Mitglied des Arb.-Turner-Bundes.

Sonntag den 10. November 1907

## Gr. Familienabend

bestehend in

Konzert, humoristischen und turnerischen Aufführungen, Gaben-Verlosung und BALL.

im Pscheidischen Gasthof in Stetzsch. Eintritt 5 Uhr. Anfang 6 Uhr. Hierzu lädt ergebnst ein.

Der Turnrat.

## Vereinigte Zschachwitz Freie Turner und Umgeg.

(Mitglied des Arbeiter-Turner-Bundes).

Sonntag den 10. November

## Familien-Abend

im Gasthof Goldene Krone, Kleinzschachwitz bestehend in Instrumental-Konzert, turnerischen Aufführungen und darauffolgendem BALL.

Anfang 6 Uhr.

Hierzu lädt ergebnst ein.

Anfang 6 Uhr.

Der Turnrat.

## Dresdner Volkshaus

Ritterbergstr. 2      Telefon 1425      Maxstraße 13.

Sonntag den 10. November 1907

Konzert- und Theater-Abend

ausgeführt vom Dresdner Volkshaus-Ensemble, Direktion: Fr. Melms.

Programm:

Kuriert, Lustspiel. — Singvögelchen, Liederspiel. — Eine vollkommene Frau,

Schwank. — Eine verfolgte Unschuld, Poese mit Gesang.

Anfang 5 Uhr.

Eintritt 20 Pf.

Ende 11 Uhr.

Jeden Sonnabend und Sonntag: Grosses Gänse- und Hasen-Essen.

Felsenkeller-Lager. — Radeberger Pilsner. — Echt Kulmbacher.

Aufgang 5 Uhr.

Eintritt 20 Pf.

Ende 11 Uhr.

Jeden Sonnabend und Sonntag: Grosses Gänse- und Hasen-Essen.

Felsenkeller-Lager. — Radeberger Pilsner. — Echt Kulmbacher.

Aufgang 5 Uhr.

Eintritt 20 Pf.

Ende 11 Uhr.

Jeden Sonnabend und Sonntag: Grosses Gänse- und Hasen-Essen.

Felsenkeller-Lager. — Radeberger Pilsner. — Echt Kulmbacher.

Aufgang 5 Uhr.

Eintritt 20 Pf.

Ende 11 Uhr.

Jeden Sonnabend und Sonntag: Grosses Gänse- und Hasen-Essen.

Felsenkeller-Lager. — Radeberger Pilsner. — Echt Kulmbacher.

Aufgang 5 Uhr.

Eintritt 20 Pf.

Ende 11 Uhr.

Jeden Sonnabend und Sonntag: Grosses Gänse- und Hasen-Essen.

Felsenkeller-Lager. — Radeberger Pilsner. — Echt Kulmbacher.

Aufgang 5 Uhr.

Eintritt 20 Pf.

Ende 11 Uhr.

Jeden Sonnabend und Sonntag: Grosses Gänse- und Hasen-Essen.

Felsenkeller-Lager. — Radeberger Pilsner. — Echt Kulmbacher.

Aufgang 5 Uhr.

Eintritt 20 Pf.

Ende 11 Uhr.

Jeden Sonnabend und Sonntag: Grosses Gänse- und Hasen-Essen.

Felsenkeller-Lager. — Radeberger Pilsner. — Echt Kulmbacher.

Aufgang 5 Uhr.

Eintritt 20 Pf.

Ende 11 Uhr.

Jeden Sonnabend und Sonntag: Grosses Gänse- und Hasen-Essen.

Felsenkeller-Lager. — Radeberger Pilsner. — Echt Kulmbacher.

Aufgang 5 Uhr.

Eintritt 20 Pf.

Ende 11 Uhr.

Jeden Sonnabend und Sonntag: Grosses Gänse- und Hasen-Essen.

Felsenkeller-Lager. — Radeberger Pilsner. — Echt Kulmbacher.

Aufgang 5 Uhr.

Eintritt 20 Pf.

Ende 11 Uhr.

Jeden Sonnabend und Sonntag: Grosses Gänse- und Hasen-Essen.

Felsenkeller-Lager. — Radeberger Pilsner. — Echt Kulmbacher.

Aufgang 5 Uhr.

Eintritt 20 Pf.

Ende 11 Uhr.

Jeden Sonnabend und Sonntag: Grosses Gänse- und Hasen-Essen.

Felsenkeller-Lager. — Radeberger Pilsner. — Echt Kulmbacher.

Aufgang 5 Uhr.

Eintritt 20 Pf.

Ende 11 Uhr.

Jeden Sonnabend und Sonntag: Grosses Gänse- und Hasen-Essen.

Felsenkeller-Lager. — Radeberger Pilsner. — Echt Kulmbacher.

Aufgang 5 Uhr.

Eintritt 20 Pf.

Ende 11 Uhr.

Jeden Sonnabend und Sonntag: Grosses Gänse- und Hasen-Essen.

Felsenkeller-Lager. — Radeberger Pilsner. — Echt Kulmbacher.

Aufgang 5 Uhr.

Eintritt 20 Pf.

Ende 11 Uhr.

Jeden Sonnabend und Sonntag: Grosses Gänse- und Hasen-Essen.

Felsenkeller-Lager. — Radeberger Pilsner. — Echt Kulmbacher.

Aufgang 5 Uhr.

Eintritt 20 Pf.

Ende 11 Uhr.

Jeden Sonnabend und Sonntag: Grosses Gänse- und Hasen-Essen.

Felsenkeller-Lager. — Radeberger Pilsner. — Echt Kulmbacher.

Aufgang 5 Uhr.

Eintritt 20 Pf.

Ende 11 Uhr.

Jeden Sonnabend und Sonntag: Grosses Gänse- und Hasen-Essen.

Felsenkeller-Lager. — Radeberger Pilsner. — Echt Kulmbacher.

Aufgang 5 Uhr.

Eintritt 20 Pf.

Ende 11 Uhr.

Jeden Sonnabend und Sonntag: Grosses Gänse- und Hasen-Essen.

Felsenkeller-Lager. — Radeberger Pilsner. — Echt Kulmbacher.

Aufgang 5 Uhr.

Eintritt 20 Pf.

Ende 11 Uhr.

Jeden Sonnabend und Sonntag: Grosses Gänse- und Hasen-Essen.

Felsenkeller-Lager. — Radeberger Pilsner. — Echt Kulmbacher.

Aufgang 5 Uhr.

Eintritt 20 Pf.

Ende 11 Uhr.

Jeden Sonnabend und Sonntag: Grosses Gänse- und Hasen-Essen.

Felsenkeller-Lager. — Radeberger Pilsner. — Echt Kulmbacher.

Aufgang 5 Uhr.

Eintritt 20 Pf.

Ende 11 Uhr.

Jeden Sonnabend und Sonntag: Grosses Gänse- und Hasen-Essen.

Felsenkeller-Lager. — Radeberger Pilsner. — Echt Kulmbacher.

Aufgang 5 Uhr.

Eintritt 20 Pf.

Ende 11 Uhr.

Jeden Sonnabend und Sonntag: Grosses Gänse



Verhältnisse übertragen, auch für uns sinnbar ist Schaffung einer Preisskonvention. Der wichtigste Faktor bei der Bratpreisfestsetzung ist aber der Getreidepreis. Auf den Weltmarkt Preis wird kaum Einfluß zu erlangen sein, wohl aber auf den Inlandspreis. Die Differenz, die zwischen dem Preise Deutschlands und dem des Auslandes besteht, ist nicht allein eine Folge der diesjährigen Ernte, sie ist auch zum großen Teile verschuldet durch eine verfehlte Zollpolitik der Regierung, derzu folge der Engländer z. B. heute durch den Wasserweg das Kaiserzugsgebiets billiger laufen als der Deutsche. Stärker denn je machen sich jetzt die Folgen des am 1. März 1906 in Kraft getretenen Zolltarifs geltend, und die Bratpreiserhöhungen sind eine Folge davon."

**daßen.**" Diese Ausführungen sind sehr interessant. Ganz unumwunden wird festgestellt, daß an dem teureren Mehl und Brot in erster Linie die neuere Zollpolitik schuld ist. Nichts Neues für uns. Daß es aber — die Bäderinnung stimmt diesen Ausführungen der Bäderzeitung gut — von kompetenter Stelle konstatiert wird, ist doch bemerkenswert. Freilich — als es galt, diese Zollerhöhungen zu verhindern, hat die hiesige Bäderinnung nichts getan, ihr Verhalten ist im Gegenteil wohl immer gut "national" im Sinne des Lebensmittelwuchers gewesen. Und nun sollen die Bäder auch noch den Kohlenproben nachahnen, die den Konsumanten die Preise billigen. Der Wunsch wird hier ja den Bäder des Gedankens bleiben, bezeichnend ist er aber für die Herren von der Bäderinnung. — Die Innungen bekämpfen auch die modernen Gewerkschaften, die eifrig gegen die Zollerhöhungen tätig gewesen sind.

Aus dem Stadtparlament.

In der geistigen Stadtverordnetenversammlung gelangte beim Vortrag der Registranteneingänge auch das Schreiben des Rates mit zur Verlehung, durch das er die Stadtverordneten davon unterrichtet, daß er das Sechth des Gewerkschaftsrates um Unterstützung der Wärmestube für Arbeitslose abgelehnt hat. Dieses geradezu empörende Verhalten des Rates lenkte von sozialdemokratischer Seite Genosse Rühn. Er würdigte kurz und tressend die Bedeutung der Wärmestube und gab ein Bild von der bisherigen Frequenz. Die ablehnende Haltung des Rates werde wohl in erster Linie durch Sparhaftskepsisten bestimmt; es sei nur sonderbar, daß man erst dann solche Wege finde, nachdem alle bürgerlichen Vereine mit Subventionen bedacht und bereits 52 000 M. für Repräsentations- und ähnliche Zwecke bewilligt worden seien, während man die armen Arbeitslosen auf die Armenpflege verweise, also auf eine Hilfe, die sie nur unter Preisgabe ihrer politischen Ehrenrechte erlangen könnten. Die sozialdemokratischen Vertreter brachten alsdann einen Antrag ein, für die Wärmestube wenigstens 300 M. zu bewilligen. Genügende Unterstützung fand der Antrag. Schütern allerdings erhoben sich auch einige Liberale dafür, aber nur einige. Bei der endgültigen Abstimmung gewährten die Liberalen ein klägliches Bild der Gerechtigkeit. Nur ein Tell stimmte dafür. Die Folge war, daß der Antrag mit 29 gegen 32 Stimmen fiel. Die Liberalen hätten es in der Hand gehabt, dem Antrag zur Annahme zu verhelfen, bei einer kleinen Anzahl war aber der Haß gegen die Arbeiterorganisationen größer als das geringe Gerechtigkeitsgefühl, das die Herren ja ohnehin nur besaß.

Die Ablehnung der mehr als beschiedenen Summe ist geradezu ein Skandal. Man muß bedenken: sie erfolgte durch eine Stadtvertretung, die schon Zehntausende für Sportzwecke, Festessen usw. bewilligt hat. Höfentlich geben die Arbeiter auf diesen Auswuchs bürgerlicher Arbeiterspolitik bei der kommenden Wahl die rechte Antwort. Natürlich ist ebenso scharf das Verhalten des Platz zu verurteilen, der von der gleichen engherzigen, antisozialen Gesinnung geleitet worden ist.

Eine längere Debatte rief noch die Beratung der Verfassung der Kreiselsfürstung hervor, die den Bau billiger Wohnungen anstrebt. Diese wichtige Angelegenheit, in der gestern abend Genosse Uhlig den sozialdemokratischen Standpunkt vertrat und bei der auch die Hausbesitzerinteressen stark mitgespielen, werden wir demnächst etwas ausführlicher behandeln.

#### Eisenbahnmuseum und Oberleitungsleitung

Doch das Veräussernis eines Gerichtstermins infolge Ver-  
spätung eines Eisenbahnzuges als entshuldigt zu gelten hat, wurde  
fürzlich durch ein Oberlandesgericht festgestellt, da bei dem jetzt be-  
stehenden geregelten Eisenbahnbetriebe man im allgemeinen bestimmt  
damit rednen kann, daß ein Ueberschreiten der fahrplanmäßigen  
Anfunktzeit der Zug kaum oder doch nur in geringem Maße er-  
folgen dürfte. Sobald man sich demnach darauf berufen kann, daß  
man den Termin nicht veräusser, den Gerichtssaal also zu der in der  
Ratung angegebenen Zeit bestimmt und mit Rechtigkeit erreicht hätte,  
wenn der Zug rechtzeitig, also fahrplanmäßig angelommen wäre,  
müsste man sich leinet fahrlässigen Handlung schuldig, falls die ein-  
getretene Veräussernis des Termins auf eine unabweisbare Ver-  
spätung des Zuges zurückgeführt und dies dem Richter begin, dem  
Gerichtshof ihm, in glaubwürdiger Form nachgetrieben werden kann.  
Hinzuftendensfalls wird der Betroffene also gut daran tun, wenn er  
bei Zugverhötlungen die Eisenbahnverwaltung (Dienstleiter oder  
Bahnhofsoverwaltung) um eine schriftliche Besättigung bittet, selbst-  
verständlich unter Vorweis seiner Ratung, da den in solchen Fällen  
gewis stärker als sonst beschäftigten Beamten nicht zugemutet werden  
kann, ohne Nachweis der Notwendigkeit eine solche Bescheinigung  
auszustellen.

#### **Übung: Neuverträge in Güten**

**Gegen Feuergefahr in Sälen.**  
Für Verhütung von Unglücksfällen bei großen Feiern ist besonders bei Kostümfesten und großen Bällen, hat das städtische Feuerpolizeiamt fürzlich an eine Anzahl feierlicher Gesellschaften, die alljährlich im Winter Ballfeiernkeiten veranstalten, folgendes Schreiben gerichtet: „Bei verschiedenen im Winterhalbjahre 1906/07 abgehaltenen Feiern sind umfangreiche Saalausdrückungen vorgenommen worden, die zu feuerpolizeilichen Bedenken Anlaß gegeben haben. Es wurde auch bei den Ausdrückungsarbeiten nicht allenthalben unseren Anordnungen nüchtern eingegangen, so sind u. a. nicht imprägnierte Detonationsgegenstände verwendet und Ausgänge verbaut worden. Zur Vermeidung der aus solchen Blitzeüberhandlungen entstehenden Unzuträglichkeiten sollen fünfzig die Ausdrückungsarbeiten von Anfang an von der Feuerwehr überwacht werden. Wir veranlassen Sie daher, bei künftigen Veranstaltungen uns den Beginn der Ausdrückungsarbeiten und die dabei beteiligten Gewerbetreibenden rechtzeitig und mindestens acht Tage vorher anzugeben. Der Notar zu Dresden, Feuerpolizeiamt. Dr. Görner.“

es Subsistums liegt es  
Fällen die nötige Sp

**Strassenbahnenverkehr.**

Sur Vermeidung von Zugluft in den Strassenbahnwagen  
Müssen während der Wintermonate, das ist November bis April, die  
vorderen Wagentüren nicht zum Betreten oder Verlassen des Wagen-  
innern benutzt werden. Die Türen sämtlicher Wagen sind daher  
mit einer neuen Verschluss-Vorrichtung versehen worden, die es  
unmöglich macht, den Wagen von der vorderen Plattform aus zu  
betreten, dagegen von innen geöffnet werden kann, was aber, wie  
dass daneben angebrachte Plakat besagt, nur im Gefahrenfalle ge-  
schehet ist. Die Schaffner sind angewiesen, jeden Fahrgärt, der ohne  
diesen gwingenden Grund den Wagen durch die vordere Tür verlässt,  
auf die Ungelässigkeit dieses Handelns hinzutweisen. Es kann nur  
empfohlen werden, dieser neuen Einrichtung aus Rücksicht auf die

Zentral-Theater.  
Jeden abend 8 Uhr findet große Varieté-Vorstellung bei gewöhnlichen Preisen statt. In derselben treten sämliche Kräfte des November-Programms auf. Das Publikum wird wiederholt erfreut, zu den Produktionen von Mme. Lydia Klaviernoten, wenn möglich Manuskripte, mitzubringen.

## **Heimarbeiterinnen - Versammlungen**

göst der Zentralverband der Blumen-, Blätter-, Federarbeiter und Arbeitersinnen vorigen Sonntag in Pirna, am Dienstag den 5. November in Döllnitz und gestern Donnerstag den 7. November in Dresden ab. Die beiden ersten Versammlungen waren leider, die letzte sehr stark besucht. In allen Versammlungen zeigte sich, welches namhafte Elend unter den Heimarbeitern herrscht, darum ist es auch sehr schwer, die Heimarbeiterrinnen zu organisieren. In letzter Versammlung waren auch drei lokale Heimarbeiterrinnen erschienen und machten Propaganda für ihren örtlichen Gewerbeverein, hatten aber gar keinen Erfolg, auch waren Gegner erschienen, die verlusten wollten, ihren Standpunkt zu vertreten. Sie gerieten aber auf verblümtes Gebiet, und blieb deshalb der Erfolg der Versammlung auf Seite der freien Gewerbschaften, was die zahlreichen Aufnahmen in den Verband beweisen. Folgende Resolution wurde in allen Versammlungen einstimmig angenommen: "Die Versammelten erklären sich mit den Ausführungen der Referentin einverstanden. Sie erklären, daß sie nie daran gedacht haben, die Heimarbeit ganz zu verbieten, sondern sie fordern vor allem Schutz für die Heimarbeit durch: 1. Gleiches Lohn für Heimarbeit wie für Fabrikarbeiten. 2. Ausdehnung des Kranken-, Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes auf die Heimarbeit. 3. Stellung der Heimarbeit unter die Gewerbe-Ordnung."

gerufenen wegen des Überstandes und der Beamtenbeleidigung auf 130 IR. Geldstrafe. Von Ausübung einer Freiheitsstrafe wurde deshalb Abstand genommen, weil dieselbe die Angeklagten in ihren Kommen hindern würde. Die beiden Brüder waren allerdings die Ingenieure Kurt und Otto Baumbach. Offenklich hält diese wilde Beurteilung aber auch an, wenn Arbeitnehmer in Gefahr kommen.

hatte sich von seiner Frau getrennt und war obdachlos. Er wohnte früher auf der Viotenbauerstraße und zog dann aus. Am Abend des 17. Oktober fuhr er in das Haus zurück, nahm im Hofe von der Wäscheleine vier Hemden und eine Unterhose, wobei sie zusammen und nähigte in der Haustür, wobei ihm als kostümlichen dicken Wäschekittel diente. Am frühen Morgen des kommenden Tages bemerkte die Opernsängerin der Wäschle von ihrem Fenster aus die leere Wäscheleine. Sie begab sich mit ihrem Ehemann die Treppe hinunter. In der Haustür sahen sie in einer Ecke Vogel stehen, der bei ihrem Anblick die Flucht ergreif und die Wäschle mitnahm. Auf dem Schiffsleiterweg verlor er das Bündel. Er war aber erkannt worden und die Wäschle wurde auch gefunden. Nun hatte er sich wegen Diebstahls zu verantworten. Die Frau spricht die Verurteilung aus, daß er schon am Abend seine Wäschle geklaut und verkauft hat und daß er an dem folgenden Morgen eben auf dem Wege gewesen sei, dies ein preches Mal zu tun. Das Gericht schließt sich dieser Ausschaffung nicht an und verurteilt den Angeklagten wegen Unterfahrung zu zwei Wochen Gefängnis.

## **Stadtverordneten-Sitzung.**

Muss der Bevölkernde mitzuteilen, daß der Rat beschlossen hat auch zur diesjährigen Stadtoberordnetenwahl 60 Städte Wählerlisten anzufertigen und an die Interessenten abzugeben. Der Rat fordigt vor, die Wahl der 2. Altersklasse der Stadtverordneten am 27. November und die der 1. Klasse am 28. November, und zwar in beiden Tagen von vormittags 9—2 Uhr nachmittags, vorzunehmen. Hierzu beantragt Stadtrat Göttinger, die Wahlzeit zu versetzen auf die Stunden von 10—4 Uhr. Bei Begründung seines Antrags rügt er auf die vielen Beamten hin, denen die Wahlzeit, wie sie der Rat vorschlägt, nicht reicht, da sie meist um zu wählen, ihre Beschäftigung unterbrechen müßten oder nicht wählen könnten. Stadtrat Krüger plädiert für die Vernahme der Wahl an einem Sonnabend, da es so auch jedem Arbeiter leichter möglich werde, sein Wahlrecht auszuüben. Wolle man aber die Wahl durchaus vormittags, dann dehnt man die Zeit so weit aus wie zur Flechtingenwahl, damit jeder Bürger Zeit zum Wählen habe. Der Antrag Göttinger wird angenommen und steht an den Rat.

Die vereinigten Standinhaber des Hauptmarkthalle hatten eine Petition eingereicht, in der sie um Belebung der Konkurrenz baten, die ihnen die Händler bereiteten, die keinen Stand in der Markthalle haben und ihre Ware unmittelbar an der Eisenbahnlori vor Lehnitz der Markthalle verkaufen.

**Stadt.** Dittmann beantragt, im Interesse der kleinen Händler die Markthallenordnung einer Durchsicht zu unterziehen.  
**Oberbürgermeister** Bentler spricht sich gegen Einschränkungen des Betriebes aus, meist darauf hin, daß die Bevölkerung bei dem Bau der Markthalle um 20000 Gulden preßigen ist und bald den Gleisan schluss an die Halle für sehr wichtig im Interesse des Verkehrs, auch stimmt er denen zu, die die Hauptmarkthalle für gering halten.

Radibem noch die Städte. Möhring und Gedtley zu untersuchen, wird die Petition am best. Plat. verneinchen.

In bezug auf den Sachstand des weiteren Wohlbaues der Volksbibliotheken hat der Soziale Ausschuss die Einrichtung weiterer Siedlungen beschlossen. Hiervom nimmt man Kessels.

In einer früheren Sitzung war ein Schreiben des Verteils der Wärmeküche des Gewerkschaftsrates, Genossen Erich Kienick, um Unterstützung des Unternehmens an das Rats getreten. Der Rat teilt hierauf mit, daß er die Gewährung einer Hilfe abgelehnt habe. Der Rat beruft sich auf die Armenpflege, die durch Ausgabe von Holz, Kohlen- und Brotmarken den Arbeitlosen entgegenläßt.

Hierzu nimmt Stadtr. Kühn das Wort und führt aus, daß der beste Beweis für das Bedürfnis der Wärmeküche durch die freimaurerischen Arbeitshilfen erbracht sei. Im vorlaufen Winter reiste ja 21 000 Besucher auf. Es wird kein Arbeitsloher nach Zugänglichkeit zu einer Organisation gefragt und sind, was oft vorkommt, auch noch Wohnungsmittel aufzuteilen, so erhält jeder Unwesenden sein Teil. Wenn Redner nun im allgemeinen nichts gegen das Sparen einwendet will, bedenkt er, daß die Einsicht so spät fähme, daß, nachdem an alle bürgerlichen Vereine Subventionen gegeben seien, bei die Armuten der Armen gewen nicht. Im Laufe des Jahres sind 52 300 M. an Subvention und Rentabilität ausgegeben, so daß selbst die bürgerliche Preise bedenken gelassen habe, aber den Arbeitern werden selbst die bescheidensten Wünsche abgelehnt. Redner beantragt, 300 M. für die Wärmeküche zu bewilligen. Der Antrag wird mit 32 zu

29 Stimmen abgelehnt.  
Nun wird im die Logesordnung eingetreten. Der im Jahr 1901 verstorbene Dr. phil. und theol. Arentz hat der Stadt 300 000 Fl. zur Herstellung billiger Wohnungen für die arme Volksschicht geschenkt und die Stadt hat die Stiftung angenommen. Die Referenten, Stadtr. Schubert und Graupner, bringen eine ganze Plethora Gründe vor, worum der Rat die Angelegenheit noch

gange Weinge Städte vor, die nicht so eilig gehabt hat. Stadt. Ged moniert, daß wir sie nur 6½, Jahr nicht etwa die Häuler mit den billigen Wohnungen, nur erst die Verfaßung über die Stiftung hätten. In Chemnitz haben die Häuler der Kreisfeuerstiftung schon drei Jahre. Redner löst darüber bilden, daß die Haushälter kein Interesse an solchen Stiftungen haben. Wenn man mit den Konsequenzen der Stiftung nicht einverstanden ist, soll man die Stiftung nicht annehmen. Das man sie aber angenommen darf man die Auseinandersetzung des Seniors nicht verschleppen. Redner rümpft der Stadt noch mehr solcher edler Sätze.

Stadt. U h l i g bemängelt die Ausführungen des Referenten, daß zeitweilig Überfluß an kleinen Wohnungen gewesen sei. Die Haushälter seien die Stiftung als Konkurrenz an. Im Haushaltswesen habe sich eine Wandlung vollzogen. Früher bestrafte sie das Verhältnis nach Wohnungen für kinderreiche Familien, aber jetzt wollen sie die Stiftung für solche Familien benutzen, um sie los zu werden und den Stiftungshäusern den Charakter als Armenhäuser aufzubürden. Einmal haben die Haushälter ihr Herz endlich für die Verarmten der Armen, aber sie rechneten nur die ganz Armen und die kinderreichen Familien los zu werden. Wenn es in beginn auf die Unwesenden machen parlamentarisch ungünstig wäre, würde er es bei dem richtigen Moment nennen. In bezug auf die Vergütung ist er für eine hohe von 1 bis 17, wie sie auch der Rat vor sieht. Es sind die Grundstücke Tereffel ufer 12, 13 und 14 in Aussicht genommen, es wäre lieber für öffentliche Bauwerke, aber im Hinblick auf die Münze der Stiftung will er

Stadtrat Häbler heißt fest, daß die Hausbesitzer nicht die Summe an der Vergrößerung der Immobilienwert tragen. Es treten noch ein Stadtrat Krummbiegel und die Stadtverordneten Löß, Schumann, Beck, Möhring. Dann wird ein Schlussopten eingeschlossen. Nach dem Schlussopten der Referenten werden einige Abänderungsanträge des Stadtrats Beck abgelehnt und das Abschluß-Gesetz

Eine Abberufung der antisozialistischen Bestimmungen über das Schornsteinfegerwesen wird ohne Debatte nach dem Ausdrückworte beschlossen.

und möglichst mit den ihnen vorhendenen Halbtonen beim Liebawante: 5 Anipulationsästhetiken mit 2700 bis 4200 M. Gesamt. Beim Vermessungsamt: 2 Heilmesher mit 2700 bis 4200 M. Gesamt. 6 Vermessungsästhetiken mit 2400 bis 3000 M. Gehalt. 2 Plang. ihrer mit 1800 bis 3000 M. Bei der Vermessung der Gemeinden ein Kästchen mit 2200 bis 3200 M. Gehalt. Auch für alle Siedlungen Einführung von Aufstand- und Hinterbliebenen-Besiegung.

#### Gerichtszeitung

## **Gerichtszeitung.**

**Schöffengericht.**  
Ein wildes Urteil. Eine erfreuliche Wendung scheint in der Spruchprüfung des hiesigen Schöffengerichts vor sich zu geben. Je nach der Schwere des Falles soll es für die im Rauchfeuer begangenen Crimelle Wochen oder Monate Gefängnis. — Zwei Brüder fangen auf dem Tanzsaal des Erbgericht zu Niedervorwig eine Beilgelei an. Der Saalaufliefer bringt den einen fort. Sein Bruder erfährt dies und rägt ihnen nach. Im Flur läuft er sich auf den Saalaufliefer und schlägt ihn zur Rente. Auf dessen Rufen erscheint der Schugmann und will den Angreifer noch der Wache bringen. Der Verhaftete dringt auf ihn ein und verlegt ihm einen so heftigen Stoß, daß er rücklings der Sänge nach hinfürzt und der Helm auf die Straße hinausfällt. Der Sitzierer legt er Widerstand entgegen und beleidigt den Schugmann vor einer Anzahl Beugen in einer Weise, daß dieser sich geniert, die Ausdrücke in öffentlicher Scham zu wiederholen. Auf dem Transport nach der Wache bedroht er den Schugmann mit der Faust. Die Anklage lautet für beide Angeklagte auf ruhestörenden Lärm und für den, der auf so außerordentlich gräßliche Weise dem Schuhmann zu nahe trat, außerdem auf öffentliche Gewaltbeleidigung und „Widerstand gegen die Staatsgewalt durch Gewalt und Bedrohung mit Gewalt“. Von den Angeklagten ist der Münsterberichthuldige wegen ruhestörenden Lärms und kein Strübe wegen Widerstands verurteilt. Das Gericht erkennt wegen des





## 2. Beilage der Sächsischen Arbeiter-Zeitung.

图 260.

Dresden, Freitag den 8. November 1907.

18. Jahrgang

Sächsischer Landtag.

II. Rammes

**II. summa.**  
18. Sitzung vom 7. November 1907.

### **Übersicht**

**Ubg. Goldstein (fortlaufend):** Die Regierung hat sich Mühe ge-  
schen, nachzuhören, doch die Löhne der Arbeiter stark ansteigen sind.  
Der Ministrärbdirektor Rothe hat sich besonders auf die Anspaben  
des Gewerbeverbundes der Maurer geflöhgt und hat Betriebsverträge ausgegogen,  
mit dem Wissensschein des G.treidepreise. Ein solches Verfahren, wie  
es angewandt hat, sollte man nicht für unabholbar halten.  
Leider denn der Arbeiter 10 Stunden, um sich mit Getreide oder  
Weiz dafür zu kaufen; es kommen doch auch die Preise der anderen  
Erwerbsmittel in Betracht. Und wie kann man sich bei solchen  
Betriebsmitteln lediglich auf einen Beruf hützen, der Saisonarbeits-  
kraft ist. Dort kommen die Stundentlöhne gar nicht in Betracht  
es kommt auf den Tageslohn an. Und der ist verhältnismäßig  
sehr niedrig, trotz der anstehenden hohen Stundentlöhne,  
weil die Maurer eben nur 7 bis 8 Monate arbeiten. Was soll man  
dagegen tun, wenn eine Regierung in solcher Weise mit staatlichen Un-  
ternehmen operiert? Mit dem Ubg. Häbuel kann ich in einem  
Kunst zusammengehen. Und das berücksichtigt die Lehrergründler.  
In diesem Punkte bin ich mit ihm ganz einverstanden, auch ich  
bin in erster Linie fürchte Ausbildungskrisen für die Lehrer.  
Die Schulgebäude in Sachsen lassen viel zu wünschen übrig. Es fehlt  
an Schulen im Lande. In vielen Gegenden müssen die Kinder stunden-  
lang zur Schule laufen. Es wird nötig sein, daß die Regierung bis  
zum Bau von

sein Amtsverordnungen gebe Nutzen von Unbedecktheit in jeder Richtung verurteile. Es ist auch eine dahingehende Verflüchtigung an die Behörde erlauben werden. Gingebender kann ich mich über die Beschwerde bei Abg. Goldstein erst dann äußern, wenn darüber Rücksicht misgetan

Abg. Goldstein ern dann auhern, wenn darüber Abstimmung wird. (Beifall.)

Finanzminister Dr. Müger: Es sei vom Abg. Günther ein Anzahl Wünsche geäußert worden, aber woher das Geld genommen werden sollte, davon habe er nichts gesagt. Dabei könne es doch auch dem Abg. Günther nicht unbekannt geblieben sein, daß der Eisnur mit großer Mühe ins Gleichgewicht habe gebracht werden können. Der Abg. Goldstein habe den Eisnus mit einem Haifisch verglichen, das geschehe ja öfters, aber es sei nicht richtig. Wenn der Finanzminister darauf sehe, daß die Einnahmen des Staates in Einsparungen mit den Ausgaben ständen, bemühe er sich im Interesse des Staates wohl, aber nicht für irgend eine Ungeheuerlichkeit, als die man sie im Staate in der Regel ansieht.

Ministerialdirektor Dr. Stöcher versucht seine Vergleich zwischen Mauerlohn und Getreidepreis zu rechtfertigen.

**Amtssammler Dr. Otto:** Die Beschwerben über den Richter-  
mangel in Sachsen seien unberechtigt. Man habe auf Preußen zu-  
wiesen und die dortigen Verhältnisse Sachsen als Muster vorgehalten.  
In Preußen seien in den letzten zehn Jahren die Richter aber nur  
um 18 Prog. vermehrt worden, in Sachsen aber um 42 Prog. Da-  
seien doch ein wesentlicher Unterschied. Das Verhältnis der Hilfsrichter  
zu den ordentlichen Richtern befinde sich jetzt in Sachsen auf  
29 Prog., rechne man die 62 neuen Richterstellen noch hinaus, beträ-  
te die Zahl der Hilfsrichter nur 20 Prog. Es würde Sachsen in  
Wirklichkeit bei 672 ordentlichen Richtern noch 140 Hilfsrichter haben.  
Günstig sei das Verhältnis der ordentlichen Richter zu den Hilfs-  
richtern in Sachsen seit 1886 noch nicht gewesen.

hat sie um so mehr Anlaß, weil jetzt auch ein erheblicher Teil der Nationalliberalen für Umlaufsteuer eintrete. (Zurück vom den nationalliberalen Bänden.) Das Hilfswerk für den Mittelstand bringend nötig sei, zeige die Tatsache, daß nach der letzten Berufsgängelung in Preußen seit 1890 die Zahl der selbständigen Betriebe um 11 000 abgenommen habe. Das sei eine erträgliche Abnahme, die zur Hilfe für die selbständigen Existenzengen mahne. — Vom Justizministerium sei eine Verordnung erlassen worden, wonach auch Juden zu Schöffen und Geschworenen herangezogen werden sollten. Es läge aber nicht im Interesse der Rechtspflege, wenn Juden zu richterlicher Tätigkeit mit herangezogen würden.

In der Leipzig Handelshochschule studierten außerordentlich viele Ausländer, die dann blieben und den Handlungsbereichen im Handelskonkurrenz machten. Auch in nationaler Hinsicht ist die Sache nicht gleichgültig, denn die ausländischen Studenten hätten bei den Wahlen den Sozialdemokraten Hilfe geleistet. Man solle in Sachsen auch den ausländischen Juden den Zugang und Aufenthalt möglichst erschweren. Eine wenig gründe Entwicklung ließe ihm das Auslaufen der Bauerngüter durch Rittergutsbesitzer, daß in Österreich und Sachsen bei Leipzig stark jutage trete. Dort würde ich der Boden statt von deutschen Bauern von italienischen Arbeitern bewirtschaftet. — Dem Finanzminister sei das Land Dank schuldig, er sei ein tüchtiger Herr. (Heiterkeit.) Der Redner entschloß sich zum Schlus noch über ein Dresdner Blatt, das er als einen Vorfall bezeichnet habe, wenn man bald den Ruhegehalt des Finanzministers Dr. Rüger mit in den Gruß einfülle.

Die Verhandlungen werden abgebrochen. Nächste Sitzung ist am 10. März. Zugeständnisse: Fortsetzung der Großüberprüfung.

Soziales

Bunahme der gewerblichen Frauenarbeit in Dresden.  
Nach einer statistischen Aufnahme der Dresdner Ortskrankensässe sind die weiblichen Mitglieder dieser Kasse von 1897 bis 1907, also in 10 Jahren, von 21 118 auf 45 106 gestiegen. Die Zahl der männlichen Mitglieder dagegen ist von 70 Prog. auf 58,0 Prog. gefallen, also verhältnismäßig zurückgegangen. Das ist eineleiwise eine Folge der immer teureren Lebenshaltung, die die Frau zwingt, mitzubverdienen, anderseits des Erbschen bei Unternehmern nach der billigeren Frauenarbeit.

#### **Die „Schädige“ vor Gericht**

immer für unrichtig gehalten. Er befnde sich da in Übereinkunft mit dem früheren Oberbürgermeister Dr. Georgi in Leipzig. Tatsächlich sei der Steuerdruck in Sachsen, trotz des 20prozentigen Budgetüberschusses, kein außerordentlicher. Dieser Vorschlag ist allerdings agitatorisch weidlich ausgenutzt worden. Nachdem er darüber gesprochen sei, habe ich gefragt, ob der Budgezuschlag nicht das Produkt der konserватiven Wirtschaftspolitik sei. Von einer Wirtschaftspolitik könne aber keine Rede sein; würden sie aber bestanden haben, wären ja die Nationalliberalen mehr schuldig. (Sehr richtig! bei den Kons.) Von der Presse, die die Konservativen höchst für die ungünstige Finanzlage verantwortlich gemacht habe, erwarte er, doch sie jetzt auch, wo sich die Finanzen gebessert hätten, das Verbündet der Konservativen dabei würdig. (Sehr richtig!) In einem Punkte könnte er mit dem Finanzminister nicht übereinkommen, nämlich der Gehaltsausweitung für die Beamten. Er würde mit seinen politischen Freunden auf dem Standpunkt stehen, daß man zu einer organischen Neuregelung der Beamtengehälter kommen müsse, wenn man dazu nur irgendwie Möglichkeit habe. Was die Vermehrung der Richterstellen angeht, so sei angesehenen, daß Abhilfe geschaffen werden solle. Man könne auf den bisherigen Zustand aber auch nicht mit Werbung blicken. Jetzt wirkten Richterinnen fünf bis sieben Jahre auf ihre Entstallung. Gegen das sächsische Volksschulwesen seien vom Adg. Göthe Stein bestige Angriffe gerichtet worden, indem er Sachsen als die Land der mangelnden Schulen bezeichnet habe. Das sei ein ungern hörbares Wort eines deutschen Staatsmannes.

berichtigter Angriff, denn kein anderer deutscher Staat wende viel für einen Volksschüler auf wie Sachsen. Den Wünschen Leheit noch Gehaltsausbezügerungen werde man entgegenkommen. Eine Vorlage sei den Ständen ja auch bereits vorgegangen; seine Freunde erachteten das Gebotene nicht für das Höchtmöglichste, würden vielmehr versuchen, die in Aussicht gestellten Zulagen erhöhen. Vom Finanzminister sei darauf hingewiesen worden, daß im Falle einer Steuererleichterung zunächst die Frage einer Sicherstellung für die untersten Alassen ins Auge gefaßt werden solle. Auch er habe auf dem Standpunkte, daß man dieser Aufgabe bei nächster Gelegenheit treten solle, es sei vielleicht jetzt die rechte Zeit dazu. Ein einschneidender finanzieller Wirkung wird diese Maßnahme nicht haben. Ob es empfehlenswert sei, so weit zu gehen, wie Preußen gegangen sei, müsse dahingestellt bleiben, wohl aber erscheine es angebracht, die Steuerbefreiung auf die Verkehrssteuer zu beschränken. — Der Redner verlautet dann auf eine Bemerkung des Abg. Schröder hin nachzuweisen, daß die Nationalliberalen sich noch 1901 mehr für den Anschluß Sachsen's an die preußisch-hessische Eisenbahngemeinschaft erklärt hätten.

Abg. Zimmermann (Unterl.): Dass die Finanzlage des Reiches trostlos sei, darüber könne kein Zweifel bestehen; man suche jedoch neuen Steuerquellen. Wichtig sei nun die Frage, wie höchste Regierung sich zu den neuen Reichsteuerprojekten stellt. Auf der letzten Ministerkonferenz sei darüber wohl Rücksicht geteilt worden. Man habe von einem Spiritusmonopol gesprochen. Es könnte nur begrüßt werden, wenn es gelänge, dadurch die Reichsfinanzen aufzubessern. Viel bedenklicher sei das Projekt einer Zigarettensteuer, die auch auf die unteren und mittleren Volksschichten abgewälzt werden würde. Die Mühlenumlaufsteuer, die der Günter belämpft habe, würde er für einen Vorteil halten. Abg. Goldstein gehabt habe. Sie solle nicht von Krüppeln, sondern nur von den Personen erhoben werden, die wegen körperlicher Fehlern vom Militärdienst freikommen. Der Redner befürwortet im übrigen die Einführung der Börsensteuer für das Reiche. Die Fahrkartentaxe habe sich als eine sehr unglückliche erwiesen. In Preußen seien die Einnahmen der Staatsschäfte dadurch alle um 40 Millionen hinter den Staatsanstaltungen zurückgeblieben. Der Finanzminister habe davon gesprochen, dass seine Veranlassung eine dem Sonnenuntergang noch zu steigern. Da habe er wohl

liege, den Sonntagverkehr noch zu steigern. Es gäbe es kaum Personen nur eingeschüchtert als Ware, die durch den Transport der Staatsbahn Geld bringt. Aus sozialpolitischen Gründen müßte man die Verbilligung des Sonntagverkehrs auf der Staatsbahn durch Einführung der vierten Klasse fordern. Jetzt laufen ja Reisepassagiere auch die Wagen vierten Klasse, aber man müßte die Fahrtpreise dritter Klasse entrichten. Dieses Verfahren habe sich doch auch berechtigt und vorhergerufen. Es sei die Verbesserung des Sonntagverkehrs auch unsocial, weil sie gerade die Beamten treffen. Der Redner würde es begrüßen, wenn es gelänge, den Beamten Steuerzahldern Erleichterungen zu gewähren und den Beamten verlangte allgemeine Gehaltsverhöhung gewährt werden könnte. In diesem Falle erwarte er aber, daß die Beamten auf die Wirtschaftsgenossenschaften verzichten. — Jetzt wolle ja alles den Mittelstand helfen; vor 20 Jahren sei das ganz anders gewesen. Da habe man höhnisch gesagt, was sei eigentlich der Mittelstand. Jetzt habe den selbst aus sozialdemokratischen Kreisen Rufe laut, daß man mit der Mittelstandfrage beschäftigen müsse. Der frühere Minister ordnete bisher das in den Sozialistischen Monatsblättern bei. Auf die Frage der II. L. f. A. schreibt er will ich nicht näher eingehen, nur die Hoffnung möchte ich aussprechen, daß die Regierung diese Sache recht wohlwollender als früher gegenübertreten mödige. Die

Die „Gnädige“ vor Gericht.  
Das Schöffengericht Nürnberg verhandelte gegen die Fahrstuhlgattin Rosa Bernhardt wegen gefährlicher Körperverletzung. Die Verhandlung ließerte einen interessanten Beitrag zum Kapitel Dienstbotenfrage. Das Dienstmädchen der Frau Bernhardt, Magdalene Mörkert, hat den Dienst gefordert, weil sie viel unter den unsittlichen Angriffen des „gnädigen Herrn“ zu leiden habe. Die Gnädige rächtete sich durch Einbehaltung des Lohnes und einen häflichen Eintrag in das Dienstbuch. Den Lohn gab sie schließlich notgedrungen heraus, als sich aber das Mädchen mit einer schriftlichen Aussforderung des Dienstbotenvereins, den Eintag zu befeitigen, zu der Haupt begab, ließ sich diese erst verleugnen. Das Mädchen ging dann zu einer im gleichen Hause wohnenden Bekannten, die ihre Sachen in Verwohnung genommen hatte. Blögl drang die Dame in das fremde Zimmer ein und schlug ohne weiteres auf das Mädchen ein, erst mit der Faust, dann mit einem Handtäschchen mit eisernem Bügel, bis die Geschlagenen blutend und mit zerrissener Bluse zusammenbrach. Die Geplagte gab alles zu und entschuldigte sich mit „Aufgeregtheit“. Das Gericht rechnete ihr die Aufgeregtheit so hoch an, daß es sie mit fünf Mark Geldstrafe davonkommen ließ!

#### **■ Ergebnisse**

**Verfammlungen.**

Gruppe Bannwitz-Welschule. In der am 29. Oktober auf die Gründungsfeier abgehaltenen Mitgliederversammlung hielt Genosse Friedrich einen sehr lebhaften Vortrag über: Die Reformation und die heutige materialistischen Geschichtsauffassung. Fleißiger Preis wurde ihm zuteil. Genosse Wagner gab den Bericht aus der Kreisvorstandsfürsicht. Der Unterricht bei Frauen-Organisation, bei fünfzig Vortragsabenden und Landesversammlungen abwechselnd vom 5. und 6. Kreis eine Frau zu belegen, wurde angenommen. Auch das Ersuchen der Frauen, ihnen eine Vertretung im Vorstand zu gewähren. Das Obligatorium der Kommunalen Prag in seiner jetzigen Form erlich mit dem 1. Januar 1906. Der Erfolg, in nächster Zeit Frauenversammlungen zu veranstalten, wurde gutgeheißen. Darauf empfahl Genosse Wagner noch das Abonnement der Neuen Zeit, die durch den Kreis bezogen 15 Pf. kostet. Die Warteigenossen sollen daraus sein Wissen tüchtig bereichern. Genosse Thomas gab bekannt, daß für Sonntag den 8. Dezember im Caféhaus zu Welschule ein Tanzabend der Gruppe stattfindet und während derselben die Warteigenossen daran rege beteiligen. Einer Anregung der Gruppenversammlungen Präsenzliste zu führen, damit festgestellt werden kann, wieviel aus jedem Orte anreisend sind, soll folge

Wilmersdorf. Am 21. Oktober referierte Stadtverordneter Weißauer-Dresden in einer öffentlichen Volksversammlung über die allgemeine politische und wirtschaftliche Lage. In ausgesetzter Weise verstand es Redner, den Zuhörern die wirtschaftlichen Ursachen der jetzt allgemein entstandenen Preissteigerung vor Augen zu stellen.

Mühlen und geht hierbei mit der in Deutschland herrschenden Wiedergutmachung ins Gericht. Auch den Hochverratsprojekt gegen den Genossen Siebold nicht, seine Ursachen und Wirkungen beleuchtet der Redner. Ebenso die Kritik gegen den kolonialistischen Peters und Wollfhardt. Zum Schluss forderte er die Anwesenden auf, für Stärkung unserer Organisationen Sorge zu tragen. Weiter forderte er, daß wenn der Ruf zu leidosten Protest gegen die im fächerlichen Lande vorgehende Wahlrechtsbeschwerde ergehen sollte, jeder seinen Mann stellen müsse, um der Regierung und den verschiedenen Klassen zu zeigen, was das Volk fordert. Nur das gleiche, allgemeine, geheime Wahlrecht würde eine Befriedigung der jüdischen Verhältnisse bringen. Lebhafte Beifall folgte diesen Aufführungen. Eine Debatte stand nicht statt. Genosse Thomas weigerte am Schluß darauf hin, daß es nicht allein genüge, Befall zu spenden, sondern es müsse jedoch das Gehörte weiter verbreiten und agitieren. Jeder müsse auch Abonnent der Arbeiter-Zeitung werden. Der diesige Vortrag vom Wilius bewirkt die Arbeiter nur immer mit Schwung. Mit einem Rausch auf die internationale Sozialdemokratie schloß die imposante Versammlung. Eine Reihe von Aufnahmen in den Sozialdemokratischen Verein war zu verzeichnen. (Eing. 2/11.)

Görlitz. Am 30. Oktober fand in der Constantia eine Volksversammlung statt mit dem Thema: Die Politik der Blauparteien. Als Referent war Reichsabgeordneter Röhl-Schemm gewonnen worden. Im Laufe seines 1½-stündigen Vortrages führte er aus: Mit Zustimmung des Reichstages ist die politische Sache Zeit zu Ende. Den kommenden Reichstag erwarten so viele Dinge, daß er äußerst spannend zu werden verspricht. Für die Arbeiter ist es von großem Interesse, zu erfahren, was für sie aus dieser Blaupolitik herauspringt wird. Ein Außenredakteur haben es die bürgerlichen Parteien, die sich nun zu dem Blau zusammengetragen haben, vor den Wahlen nicht fehlen lassen. Über jeden jetzt, nachdem der Reichstag glücklich drei Monate getagt, trotzdem eine große Anzahl legalpolitischer Debatten gespielt worden sind, die alle ein negativer Refutat gezeigt haben, kommt die Enttäuschung. Von all den Anträgen, die soziale Reformen brachten, ist nicht ein einziger zur Annahme gelangt. Bürgerliche Blätter singen der Politik Blaupropheten, aber diese Politik hat Deutschland dahin gebracht, daß es vollständig isoliert da steht. Den kommenden Reichstag erwarten auch ganz horrende Kolonialforderungen, Forderungen an Küstenbefestigungen, Unterseeboote, Bahnbauten in den Kolonien, Fortbewegungen für See und Marine und nun neuerdings auch für die Luftflotte. Die Folge davon ist, daß die im letzten Reichstag bestimmt Steuern auf die notwendigsten Bedarfsartikel und für den Verleih nicht mehr austreichen. Man wird wieder mit neuen Steuerverlagen kommen. Als vorläufige Steueroberste sind Zigarren und Spiritus aufersehen. Es bleibt also dem arbeitenden Volke weiter nichts übrig, als sich durch eigene Kraft Verbesserungen seiner Lebenslage zu schaffen. Das kann aber nur geschehen, durch Zusammenschluß in politischen und gewerkschaftlichen Organisationen und durch Aufrührung durch die Arbeiterpreise. — Nach ungewöhnlicher Debatte schied der Vorsitzende, Genosse Höppner, die interessante Versammlung mit dem Appell, im Sinne des Referenten zu wirken, für Organisation und Arbeiterpreise zu agitieren und dessen eingedient zu sein, daß wir nur durch eigene Kraft Erfolge erringen können. (Eing. 2/11.)

Verband freier Gast- und Schenkwirte Deutschlands. In der am 1. November, nachmittags 4 Uhr im Volkshaus stattgefundenen öffentlichen Gastwirtversammlung referierte Kollege Ulfen-Dörr über: Das Gastwirtsgemeinde und welche Aufgaben haben die Wirtschaftsorganisationen. Ein ausführlicher Weise schildert der Referent die wirtschaftlich schlechten Verhältnisse des Kleinbetriebs im Gastwirtsgemeinde. Durch Entstehung der großen Bierpaläste in den Großstädten verdrängt und von den Gehörden fortwährend mit neuen Steuern bedacht, sinkt den kleinen Gastwirt ins Proletariat. Ein frisches Stück von Steuernmürk in Köln gab der Referent zum Besten. Nur dem einmütigen Vorgehen der dortigen Kollegen ist es zu danken, daß diese Steuer scheiterte. Aber Geld muß her und so wurde eine Zustufungssteuer erhoben. Auf diese und andere Weise wird dem kleinen Gastwirt das Leben schwer gemacht. Es ist darum Pflicht jedes Kollegen, in die Agitation für den Verband zu treten und diejenigen heranzuholen, die noch gleichgültig darüber sind. In der darauffolgenden Debatte kam Kollege Roth aus die den Gastwirten in Sachsen auferlegten Steuern zu sprechen. Dabei zeigte sich ganz deutlich, daß eine Mehrheit der anderen im Steuernnehmen nicht nachsteht. Kollege Zimmermann besprach sodann die bürgerlichen Gastwirtvereine, befand, daß dieselben noch nicht Wohltritt geleistet haben und fordert alle Kollegen auf, so weit sie noch nicht Mitglied des freien Verbands sind, ihm beizutreten. — Die Zahlstellen Dresden erucht die Gewerkschafts- und Paritätsgenossen, den Arbeitervirten bei der Agitation für den freien Verband behilflich zu sein, indem sie überall, wo sie eintreten, den Wirkungsorten, dem Verband beizutreten. (Eing. 4/11.)

Arbeiter-Schwimmverein. Am Freitag den 1. November tagte im Volkshaus unsere soziale Mitgliederversammlung. Der Vorsitzende verließ die Protokolle der letzten Versammlung und Vorstandssitzung. Schreiben waren eingelaufen von Dresden, darunter die Erklärung der Unionsniederlegung des bisherigen Schriftführers, Werner von Leipzig und Berlin. Die Wahl eines Schriftführers mußte vertagt werden, da der in Vorschlag gebrachte Schwimmgemeinde infolge Krankheit fehlte. Zum Schwimmfest wurde beantragt, dasselbe in Verbindung mit dem 1. Gründungsfest am 24. Mai 1908 stattfinden zu lassen. Unter verschiedenes wurde zunächst nochmals zur Verschmelzungsmöglichkeit mit dem Schwimmklub Hartmann Stellung genommen. Ferner kam der in Aussicht stehende Bundeschwimmtag zur Sprache, der welder Gelegenheit sich eine längere Debatte entnahm; als Delegierte wurden den Vorsitzenden und 1. Schwimmwart gewählt. Für die weitere Erledigung des geplanten Wintervergnügen wurde eine vierjährige Kommission gewählt. Nach Erörterung einiger weiterer ungewöhnlicher Angelegenheiten fand die Versammlung ihr Ende. Es fehlten leider auch dieses Mal eine Anzahl Schwimmgemeinden. (Eing. 4/11.)

Lausa-Werdorf. Zu einer prosozialen Demonstration gegen den Militarismus und gegen die Verurteilung des Genossen Siebold gestaltete sich die am Donnerstag den 31. Oktober (Referationsfeier) in Hermanns Gasthof in Lausa stattgefundenen Versammlung. Trotz des am Mittag eingetretenden Regens waren Hunderte aus der Umgebung von Lausa in die Versammlung gekommen. Der Saal war infolgedessen schon vor Beginn der Versammlung voll besetzt, so daß diejenigen, die es immer mit der Zeit nicht sozeitig haben, mit einem Stehplatz für sich nehmen mußten. In großer Spannung, oft von Beifall begleiterter 1½-stündiger Rede gehandelter Genosse Grabauer den Verlauf des Viehmarkt-Prozesses. Auf den in jüngerer Zeit stattgefundenen Prozeß Wolfs-Harden verweisend, verstand es Genosse Grabauer vorzüglich, den Versammlungen die Auswirkungen des Militarismus vor Augen zu führen, um zu zeigen, welche Gefahren sich bis vor kurzem in den hohen und höchsten Militärs befunden haben. Auf welche gemeinsame, ehrliche Weise jene Leute die Söhne des Volkes im bunten Ross mißbraucht haben. Auf der anderen Seite ein Mann wie Genosse Siebold, der wider dieses heutige Militarismus, das derartige Auswirkungen zeitigt, bestreift. Er wird auf Grund seiner wahren Kulturarbeit 1½ Jahr in die Heilung genommen. (Rauta Entrüttungskräfte.) Das Volk möge aus all diesen Vorgängen die nötigen Konsequenzen ziehen, sei um das Banner des Sozialismus scharen, mit arbeiten und lieben mit kämpfen. Vorwärts! lobt Genosse Grabauer unter stürmischem, minutenlangem Beifall seine Aufführungen. Da sich in der Debatte Gegenstand nicht zum Wort meldeten, wurde von einer Ausrede Abstand genommen. Mit einem Appell seitens des Vorsitzenden, in Zukunft bei allen Parteiarbeiten mitzuwählen, wurde die Versammlung mit einem begeisterten, dreimaligen Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen, worauf sofort aus der Versammlung ein begeistertes dreifaches Hoch auf den in der Festung übenden Genossen Liebknecht erfolgte. Unter Absingen des Sozialistennmarsches leerte sich langsam der Saal. (Eing. 4/11.)

Schmieberg. Am Mittwoch den 30. Oktober, abends 8 Uhr, fand im bisherigen Gasthof eine große Volksversammlung statt. Der Saal war schon vor 8 Uhr bis auf den letzten Platz gefüllt, so daß Späterkommende sich mit einem Stehplatz begnügen mußten. Genosse Grabauer referierte in seiner großzügigen und padgenden Weise über: Militarismus und der Viehmarkt-Hochverratsprojekt. Anfangs seiner Rede stellte er den letzten politischen Prozeß Harden-Polizei dem Hochverratsprojekt Viehmarkt gegenüber, daran die Prozeßkränke, ob man, wenn der Prozeß Harden-Polizei mit seinem geradzu unglaublichen Entwickelung vorausgegangen wäre, dann Viehmarkt noch hätte verurteilen können? Die Verurteilung Viehmarkts sei eine gute Antwort auf die Phrase von der liberalen Vera und dem bekannten „Deutschland in der Welt voran“. Stürmisches Beifall folgte dem vorzüglichen Referat. Nach Annahme der bekannten Resolution schloß der Vorsitzende, indem er zu politischer und gewerkschaftlicher Organisation, sowie zum städtischen Leben der Arbeiterpreise aufforderte, mit einem dreifachen Hoch auf die unbesiegbare Sozialdemokratie. (Eing. 4/11.)

Metallslager. Am 1. November tagte im kleinen Saale des Volkshauses eine Versammlung aller in der Metallslagerrei beschäftigten Kollegen und Kolleginnen mit der Tagesordnung: Der Stand unserer Bewegung und weitere Stellungnahme dazu. Verbandskollege Weinfelden berichtete zunächst über die Tätigkeit der früher gewählten Kommission. Diese ist sich, einem Wunsche der Gehilfen nachkommend, darüber schließlich geworden, an die Prinzipien mit einer Losforderung herangetreten. Sie legte aus dem Grunde den Reisern den früher bestandenen Tarif in etwas abänderter Form vor. Derselbe erhöhte die Stärke für Schlagen

um einen, für Auslegen um einen halben Penny pro Tag. Gleichzeitig wurden die Reisere in einem die Tarifverlängerung bis 25. Oktober zu veranlassen. Darauf ging an den Reisern ein längeres Schreiben vom Vorsitzenden der Genossenschaft ein, in dem ihr verneinender Standpunkt „begründet“ wurde. Auch die Lösnerhöhung entschließen. Nur Herr Schmidt-Steinberg hat es verfügt, noch einmal beim Vorsitzenden der Genossenschaft nachzufragen, ob er gewillt sei, mit ihm in Verhandlung zu treten, an allen eventuellen Reiserverständnissen zu begegnen. Dieser erwiderte, er für seine Person könne dies nicht tun, wolle aber den Vorsitzenden der Genossenschaft vorlegen. Die Genossenschaft erklärte sich bereit, in Verhandlungen zu treten. Wedder schlägt nun vor, das Reisere für seine Person einzurichten, ehe weitere Schritte unternommen werden; ferner die bisherige Kommission als Verhandlungsgemäß. Halle sich schon beim Verlesen des Schreibens des Vorsitzenden der Genossenschaft eine Enttäuschung über die darin enthaltene Verteilung der Verhältnisse bemerkte, so legt die nun folgende Debatte Ergebnis dafür ab, daß eine lange Vorbereitung nicht immer eine richtige zu sein braucht. Geradezu empfiehlt waren die Anwesenden darüber, daß in einem Schreiben, das doch die Sachlage objektiv prüfen muß, Auslassungen, wie „Personen, die nach der Laufzeit gehen sollen“, enthalten sind. Derartiges mag unter allen Umständen vermieden werden. Nach kurzer Versammlung beendet. (Eing. 4/11.)

### Briefkasten.

**W. B. Hauptstraße.** Die Krankenversicherung kann, da sie ja alle „vertraglich“ oder „vereinbart“ zu leisten hat, abgesetzt werden. Der Abzug von 50 M. für ein Schulabschluß kann in jedem Falle, wenn das Einkommen nicht über 3100 M. beträgt.

**H. B. Buergerstraße.** Es genügt, wenn Sie die Abbildung einer oder mehrerer Berufe durch entsprechend beschrieben haben.

**H. P. Der 11. September 1908 sei auf einen Sonntag.** Gewerkschaftsbüro Bl. Grund. Verschiedene einzelne Versammlungsberichte müssen künftig abgelehnt werden. Bild 7 zeigt

### Central-Theater. Variété. Täglich Vorstellung.

Einlass 7<sup>½</sup> Uhr. — Anfang 8 Uhr.

Sonntags nachmittags 3<sup>½</sup> Uhr ermäßigte Preise.

### — Victoria-Salon. —

Abeids 8 Uhr: Grosse Variete-Vorstellung  
Sonntags zwei Vorstellungen: 4 Uhr und 8 Uhr.  
Im Tunnel: Künstler-Kabarett. Auf 8 Uhr, Sonntags Var-

### Neue Abonnenten

für sein Parteiblatt zu  
werben, ist Pflicht jedes  
Sozialdemokraten.



Wir bestätigen alle, daß

Friedemann, Rosenstr. 48

gute, tadellose Photographien  
Dtsch. von 1.80 M. an, liefert. Vergrößerungen u. jetzt Bilder.

## L. Grossmann

DRESDEN, A. - Wettinerstrasse Ecke Zwinglerstrasse



### Winter-Paletots

a 11.90, 14, 15, 16, 18, 20 bis 58 Mk.

### Herren-Anzüge

a 12, 13, 15, 17, 19, 20, 21 bis 64 Mk.

### Mollige Loden-Joppen

a 4.50, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12 bis 28 Mk.

### Herren-Hosen

von 1.40 bis 18 Mk.

### Knaben-Joppen

a 2.50, 2.75, 3, 3.25, 3.50, 4, 4.50 bis 11 Mk.

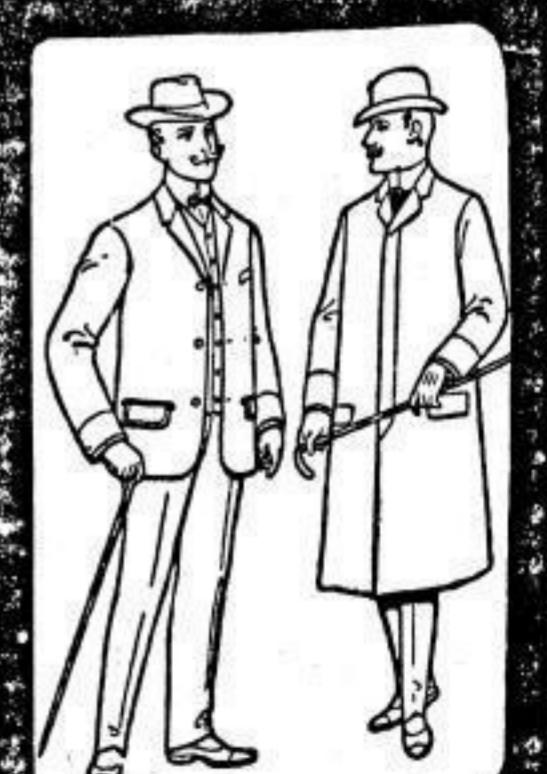
### Knaben-Paletots, Pyjaks u. Anzüge

a 3, 3.50, 4, 4.50, 5, 5.50, 6, 7 bis 24 Mk.

### Ausverkauf

Vorjähriger Winter-Paletots und Loden-Joppen

„fabelhaft billigen Preisen.“





Anfertigung  
nach Maass  
ohne Preis-Aufschlag.

Höchste Leistungsfähigkeit!

Die grosse

Grosses Stofflager.  
Zuschneider u. Werk-  
stätten im Hause.

## Paletot-Woche!!

Herren-  
Grössen  
M. 10 bis 38.  
Jünglings-  
Grössen  
M. 8 bis 24.

### 1000 Winter-Paletots

sollen zu konkurrenzlos billigen Preisen verkauft werden.

Die alljährlich bei Beginn der Saison nur einmal stattfindenden Ausnahme-Tage bieten jedermann beste Kaufgelegenheit. Es gelangen nur diesjährige Neuheiten zum Verkauf, deren Ausführung höchst vollendet ist.

Gratis-Bel i Herren-Paletot: 1 selbgesticktes Monogramm n. Wahl.  
Zugaben! Bel i Knaben-Paletot: 1 elegante Mütze.

Knaben-  
Grössen  
M. 6 bis 14.  
Kinder-  
Grössen  
M. 3.25 bis 10.

## Kaufhaus zur Glocke

nur  
Annenstr. 25  
gegenüber der Kirche.

Gratis! erhält jeder neue Kunde bei Kauf eines Anwages oder Paletot 1 Hut, 1 Stock; jede Dame ein elegantes Handtaschen, Spiegel, Brieflesestein. Bei Überkauf: Handtuchhalter, Badet, Utensilien.

Otto Fietze  
Waren- u. Möbel-Kredithaus  
allerersten Ranges.  
Dresden 2 Grunaerstrasse 2 Etage  
am Pirnaischen Platz  
empfiehlt in Riesen-Auswahl  
auf Kredit

bei denbar kleinsten Anzahlung und wöchentlich leichter Abzahlung, währendlich schon  
von 1 Mark an.

Auf Kredit!  
Garderoben  
für Damen, Herren, Knaben  
und Mädchen.  
Jackett-, Rock-, Gehrock-  
Anzüge

Paletots  
Dame - Kostüme  
Kleider, Blusen, Röcke  
Staubmäntel, Jackets  
Caps, Umhänge.  
Mädchen - Kleider  
nur neue moderne Mode  
Tissu, elegante  
Verarbeitung.

Auf Kredit  
Möbel, Sessel, Polster-  
waren, Manufakturen  
und Modewaren, Gar-  
dinen, Teppiche,  
Kinder- u. Sport-  
wagen, Uhren,  
Betten.

Einzelne  
Möbel  
wie komplette  
Einrichtungen.

Uhren Ringe Ketten  
Grosste Auswahl feiner Neuheiten  
Goldwaren-Trauringe  
Hugo Künzel  
Dresden-A. Wettinerstr. 5  
zunächst dem Postplatz

Amanda Schmidt, Münzeln  
Bismarckstr. 24, gegenüber der Schule  
Größtes Juweliergeschäft am Platz.

Plauenscher  
Lagerkeller

Flaschenbiere  
besitzen absolute Weißbekömmlichkeit und infolge ihres Gehaltreichtums

hohe Nährkraft.

Alleinige Verleger:  
R. Machajewski & Winkler  
Chemnitzerstrasse 52. — Telephon 184.

Anton Noss, Kolonialwarenhandlung

Dresden-N., Bischofspl. 8, Ecke Oppellstr.  
empfiehlt den gebräten Hausfrauen Wein in Geschmack und Eigiebigkeit  
überzeugend.

gerösteten Kaffees von 1 Mark bis 2 Mark an.

Frisch eingetroffen:  
Sämtliche Gemüse- u. Früchte-Konserven  
neuester Ernte von nur prima Qualität.  
Bei Barzahlung 6 Prozent Rabatt.  
Bitte meine Preisliste zu beachten!

Robert Weber, Weingroßhandlung

35 Grossenhainerstrasse 35  
Weiss-, Rot-, Südwine, Rum, Kognak, Rot-  
weinpunsch

Obst- und Beerenweine einer Reihe zu haben in den Verkaufsstellen der  
Konsumvereine Vorwärts, Pieschen, Döhlen-Potschappel.  
Vorteilhafte Bezugsquelle für Wiederverkäufer.



## Produktivgenossenschaft

der Schneider

Dresden, Galeriestrasse 13, I.  
und Seifhennersdorf O.-L.

empfiehlt sich zur  
Anfertigung elegant sibender u. geschmackvoll ausgeführte  
Herrengarderobe nach Maß.

Großes Lager fertiger Anzüge, Paletots, Hosen  
sowie sämtlicher Fernkleidungen.

Lieferant vieler Konsumvereine. Lieferant vieler Konsumvereine.

Pfd. ff. Milch-Schokoladen-  
Bonbons zu 30 Pf.

umsonst

erhält jedermann bei Einkauf eines Pfundes  
Kaffee-Mocca-Mischung à 120 Pf.

gegen Abgabe  
dieser

Annonce

beim  
Schokoladen-Hering

Beachten Sie bitte  
die Ausstellung sämtlicher  
Saison-Neuheiten  
in meinen drei grossen Schaufenstern.

Henry Häflein  
Flügeln

Königstrasse — Ecke Teichelstr.  
Herren-, Damen- und Kindergarderoben.

Mutterspritzen

Spülflaschen v. 1 Ml. an, Gelb-  
binde und alle hygienischen  
Frauenartikel.

Preisliste gratis. 15 Bros. Rabatt.

Frau Heusinger

Am See 87

Erf. Zwickauerwaldbadplatz.

Gute getragene  
Herren- und Damenschuhe  
Schuhwaren  
verkauft sehr billig  
I. Dresdner Kleidermagazin  
Töpferstrasse 11



